

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Volksblatt. 1930-1933
46 (1932)**

27 (2.2.1932)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-504085](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-504085)

Jadestädte Umichau.

Rüstringen, 2. Februar.

Ein zweiter Schwindelfall.

Dem gestern mitgeteilten Schwindelfall am fälligen Doktor der Medizin können wir heute einen zweiten folgen lassen:

Von vergangenem Frühjahr verließ der 19-jährige landwirtschaftliche Arbeiter Erich J. Sohn eines in der Offizierskaserne wohnenden Manikationsarbeiters, die Jadebäder, um sich außerhalb Beschäftigung zu suchen. Er machte sich mit seinem Fahrrad auf den Weg und fand auch in der Markt Brandenburg in der Gegend von Wittenberge Arbeit. In der ersten Zeit der Abwesenheit des jungen J. kamen regelmäßig Briefe oder Postkarten an die hiesigen Eltern. Die Wittenberger Eltern gegen Ende des Jahres aber merkwürdigerweise aus. In ihrer Besorgnis wandten sich die Eltern um Nachfragen herum an den betreffenden Landwirt und boten ihm um Aufklärung. Bevor die Nachricht von diesem eintraf, kam jedoch eine Karte an, auf der Erich J. seinen Eltern mitteilte, daß er auf die Wittenberger gegangen sei und Wittenberger wohl in Kassel verleben werde. Kurze Zeit später erhielten die Eltern Nachricht aus von dem Bauern, der mitteilte, daß ihr Junge mit einem Freunde auf die Wiese gegangen sei.

Längere Zeit hörten die Eltern nichts von ihm. Sie führten ein Brief eintraf, in dem Erich J. bat, man möge ihm seine familiären Papiere nach Trier Hauptpostlager senden. Er habe die Wiese in das Haus zu gehen und brauche zur Beschaffung seines Papiers die Papiere. Dieser Brief setzte die Eltern in nicht geringen Sorgen, denn die handschriftliche deutete klar darauf hin, daß nicht Erich J. den Brief geschrieben hatte, sondern ein Fremder. Auch die Ausdrucksweise, die Anrede und der Schluß waren anders, als sonst die Briefe lauteten. Die Mutter ging kurz entschlossen zur Kriminalpolizei und teilte dort ihre Besorgnisse mit. Man verglich die Schriftzüge und den Stil und kam auch zu der Überzeugung, daß es sich um zwei verschiedene Briefe handelt. Die Polizei gab Frau J. den Rat, postlagernd nach Erfurt (das war die Adresse, an die der falsche Erich J. Antwort haben wollte) ihre Zustimmung zur Abwendung der gewünschten Papiere zu schreiben. Das geschah und man erhielt darauf eine Karte, die wieder der Fremde geschrieben hatte. Auch dieses Schriftstück übergab man der Polizei. Außerordentlich merkwürdig wurde die Geschichte vor wenigen Tagen. Der Vater des Vermissten hatte Geburtstag. Da traf aus Erfurt eine Glückwunschkarte ein, die der richtige Erich J. geschrieben hatte. Mit gleicher Post kam aber auch ein Brief aus Erfurt, der eine Ankündigung enthielt, auf der auch Glückwünsche ausgesprochen waren. Die zweite Karte hatte der Fremde geschrieben. Die Eltern waren froh, nunmehr nach langer Zeit wieder ein Lebenszeichen von ihrem Sohn in der Hand zu haben. Sie teilten der Polizei wie vorher auch diese beiden Karten zur Verfügung. Seit der Zeit haben die Eltern noch keine Nachricht weder von dem Fremden noch von ihrem Sohn erhalten. In einem der Briefe hatte der Fremde geschrieben, daß er etwa in acht Tagen an der Grenze angelangt sei. Bis dahin müßten die Papiere auf der Hauptpost in Trier liegen. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um einen Verbrecher handelt, der

sich, um ins Ausland zu gelangen, in den Besitz der Papiere des jungen Wilhelmshagens setzen will. Wer dieser geheimnisvolle Fremde ist, woher er kommt, und wie Erich J. die Beschäftigung dieses Menschen gemacht hat, darüber herrscht noch Dunkel, denn der Junge hat nie in einem Schreiben mitgeteilt, daß er mit einem Kameraden wandert. Das läßt die Annahme zu, als ob er irgendwie unter hiesigen Einfluß des Fremden steht. Zu ersten Verfolgungen scheint aber vorläufig kein Anlaß zu sein, da es dem Fremden vor allen Dingen auf die Papiere des J. ankommt. Die Polizei hat indes schon Vorläufe getroffen, daß er, wenn er in Trier die Papiere von der Hauptpost abholen will, in hiesiger Gewachshaus gebracht wird. Dann wird sich dieser neueste Schwindelfall wohl auflösen.

Eine Hand-Feier in den Jadebädern.

Am Anlaß des 200. Geburtstages Joseph Haydns finden allerorts Feiern statt, um das Andenken des großen Meisters der Musik und seine Bedeutung für die deutsche Kunst zu ehren und zu würdigen. Wie aus einem feinsten Aufzug des Konzerts- und Vortragswesens der Jadebäder zu erhellen ist, soll auch in den Jadebädern im April dieses Jahres eine Hand-Feier veranstaltet werden, deren Krönung die Festausführung seines unvergänglichen Oratoriums „Die Jahreszeiten“ sein wird. Das Festkonzert steht unter der Leitung des Musikdirektors Dr. Müller. Das Konzert- und Vortragswesen bildet in seinem Aufbau alle langgestreckten Damen und Herren, besonders die Mitglieder der hiesigen Chöre, sich für diese Festausführung zur Verfügung zu stellen, um eine der Größe der Jadebäder entsprechende würdige Feier zu feiern. Die Probe findet am Mittwoch, abends 8.15 Uhr, im oberen Saal des Badehauses statt. Interessenten werden gebeten, sich dort einzufinden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine finanzielle Belastung für die Mitwirkenden nicht in Frage kommt.

Seute Parteifunktionärsfeier.

Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei werden darauf hingewiesen, daß heute abend ab 7 Uhr im Gesellschaftssaal eine wichtige Sitzung stattfindet. Sie wird sich mit der Mitbewerter der Eisernen Front und der Parteigeneralversammlung am Donnerstag beschäftigen. Die Funktionäre wollen pünktlich erscheinen. Die Legitimationskarte ist vorzulegen.

Straßenarbeiten in Heppens.

Die Fortifikationsstraße zwischen der Landesgrenze und der Einigungsstraße hat jetzt einen zwei Meter breiten, mit Klinkern belegten Bürgerweg erhalten. Fortlaufend wird auch die Straße in der Einigungsstraße neu gepflastert, bis zum sogenannten Schwarzen Weg, welcher als Verbindung durch die Säbregarten-Kolonie nach dem Alendebweg führt. Die Arbeiten werden in den nächsten Tagen beendet sein. Die Stadt läßt die Arbeit als Notstandsarbeiten ausführen. Das Straßenschild ist etwas verschoben worden. Da etliche Bäume zurückgepflegt worden sind und eine Dornhecke ganz ver-

schwunden ist. Hoffentlich läßt auch Wilhelmshagen die angefangenen Arbeiten bald fortsetzen, so daß die Fußgänger den Fuhrdamm nicht mehr benutzen brauchen, da durch den starken Verkehr im Sommer zwischen Autos und Radfahrern der Fuhrdamm für den Fußgänger immer gefährlicher wird.

Aus der Partei-Frauentruppe.

Die auf belagerte Generalversammlung der Frauentruppe der SPD, fand im Gesellschaftssaal statt, für die ortsanwesende Genossin Friedrichs sprach Genossin Friedrichs über Zeitfragen. Der Referent verstand es, in gut verständlicher Art den Frauen die jetzt so wichtigen Wirtschaftspragmen, wie schlechte Nahrungs- und Wirtschaftsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, die letzte Notverordnung und Preisabbau, vorzulegen. Alle Frauen mühten an der Preiswährungsfrage teilzunehmen, damit die Preiswährungsfrage gelöst werden. Aus dem Jahresbericht der 1. Vorhiesenden, Genossin Staronow, war zu erhellen, daß trotz schlechter Wirtschaftslage die Mitgliederzahl gestiegen ist. Als besonders gute Beratungen im letzten Jahre waren der Internationale Frauentag, verbunden mit der Bezirkskonferenz der Arbeitermolkerei im Mai, und die Werberversammlung im Dezember anzusehen. Bei den Wahlen zum Vorstand wurden die Genossinnen Brachmann 1. Vorhiesende, Janßen 2. Vorhiesende und Kildes Schürffeld 3. Vorhiesende. Mit einem Hinweis auf die am 4. Februar stattfindende Generalversammlung der Partei wurde die Veranstaltung geschlossen.

Auszeichnung der Konjunkturförderung.

Auch in diesem Jahre erhielt die Molkerei Hofstiel des jadeschäftlichen Konjunkt- und Sparwesens auf der mitwirtschaftlichen Ausstellung in Berlin für ihre Molkereierzeugnisse einen ersten Preis.

Zur Wiederholung des Lotteriefestes.

Auf vielseitiges Verlangen hat sich die Arbeitermolkerei, wie sie zu unserer ersten Lotteriegeldung mittelt, bewogen gefühlt, eine Wiederholung des sehr interessanten Fests „Der letzte Reichtum“ stattfinden zu lassen, und zwar am Freitag, abends 8 Uhr, im „Reichtumslokal“. Um eine nochmalige Ueberfüllung zu vermeiden, werden diejenigen, die den Film schon gesehen haben, gebeten, auf einen zweiten Platz zugunsten neuer Interessenten zu verzichten. Die Vore der Arbeitermolkerei werden auch dieses Mal die Rechte und Freiheiten, jenseits 25 Pfennig Unkostenbeitrag. Bezirksleiterin Frau Friedrichs wird wieder die Einführung übernehmen, so daß der Abend genau so durchgeführt wird wie der erste, der den großen Erfolg hatte.

Bildungsarbeit der Partei.

Die Partei-Arbeitsgemeinschaft für Gedächtnis, die ihre Zusammenkünfte im November und Dezember hatte, mußte wegen Erkrankung des Referenten Grimm den letzten Abend ausfallen lassen. Dieser wurde gestern nachgeholt. Die Teilnehmer hatten aus dem umliegenden Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus zwei Teilgebiete herausgestellt: die materialistische Gedächtnisaufklärung und die Theorie des Marxismus. Diese Stoffe wurden in eingehender Weise erläutert und besprochen, so daß alle mit dem Gefühl auseinanderbringen, Klarheit über diese irdische Materie erhalten zu haben.

Kommende jadeschäftliche Prozesse.

Die seit langem erwartete Verhandlung wegen der Schumann-Einkaufsaffäre findet am Mittwoch, dem 17. d. M., vor dem erweiterten Wilhelmshagener Schöffengericht statt. Vor dem Richteramt Amtsgericht ist für den kommenden Sonntag ein Sondertermin angesetzt worden. In diesem soll gegen Mitglieder des „Stahlwerks“ verhandelt werden, und zwar wegen Nichtbeachtung eines Umgangsverbots.

Rüstringer Polizeibericht.

In der Nacht vom 28. Januar wurde aus dem Keller des Hauses Heineke 4 ein Herrenfahrrad, Marke „Breit“, gekohlen. Das Rad hat schwarzen Rahmen, schwarze Felgen und Schuttscheiben, englisch geformte Ventillange mit schwarzen Celluloidgriffen, Torpedofelgen, grüne gelbte Gummireifen, Werkzeugaufsatz und mehrere Panzer am Hinterrad. Der Fahrer am Treffpunkt ist verborgen. Ein weiterer Fahrraddiebstahl wurde am 27. Januar abends vor der Wirtshaus „Lindebinder Hof“ in der Schulstraße verübt. Dort wurde ein gebrauchtes Herrenfahrrad, Marke „Bismarck“, mit schwarzem Rahmen und roter Bereifung, gekohlen. Auf dem Fundament sind mehrere Sandstöße, ein Fährmaß und ein größerer Gelddbetrag als gefunden abgegeben worden.

Aus dem Gesamtverband.

Die jadeschäftliche Ortsverwaltung des Gesamtverbandes teilt mit, daß die für diese Woche angekündigte Versammlung umständlicher ausfällt.

Versammlung des Polizeibundvereins.

Der Polizei- und Schutzhundverein hielt seine jährliche Versammlung ab, die wegen Erkrankung des 1. Vorhiesenden vom Ehrenvorsitzenden Gendarmenkommissar Meier geleitet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er in ehrenden Worten des verstorbenen langjährigen Mitglieds Theaterbesitzer Karl Witten, zu dessen Ehren die Versammlung von den Vätern erhoben. Nach Aufnahme mehrerer neuer Mitglieder konnte die Tagesordnung baldigst erledigt werden. Alle beschlossenen Angelegenheiten behandelten die Mitglieder des Vereins. Der Vorstand für das kommende Jahr, der 1. Vorhiesende, der 2. Vorhiesende und der 3. Vorhiesende, wurden gewählt. Nach dem Festessen wurde die Versammlung geschlossen. Die Mitglieder blieben noch eine Zeitlang geistig beisammen. Dem erkrankten, aber auf dem besten Wege der Genesung befindlichen 1. Vorhiesenden Polizei-Obertommislar Stöber wurde ein Glückwunschschreiben überreicht.

Weiterverhörung und Hofmann.

Weiter für den morgigen Mittwoch: Veränderung bei Witten aus weltlicher Richtung. — Hofmann ist morgen um 10.05 Uhr und um 22.40 Uhr.

Karussell um Gisela.

Roman von Rodo M. Vogel.

10. Fortsetzung. — Nachdruck verboten

Sie wandte ihm ihre Augen zu, ihre dunklen tiefen Augen, die den unendlichen Raum tief sprachen. Warum blühte sie so müde, so treudlos und ohne das liebe Leuchten wahrer Jünglings? Will Lambert hatte alles darum gegeben, es zu erfahren.

Er wollte fragen, sie an sich drücken, ihr seine Liebe erklären, da sagte sie:

„Wir dürfen uns nicht lange aufhalten, Herr Lambert, ich habe Unannehmlichkeiten, wenn uns die Fürstengraben überläßt.“

„Was! Sie! Ich werde alles in Ordnung bringen. Darf ich nicht mit Ihnen sprechen?“

„Gewiß, aber Sie hätten offen in das Weite kommen sollen. Sie hätte gewiß nichts dagegen gesagt, wenn wir uns unterhielten. Können Sie denn überhaupt solange von Berlin fortbleiben?“

„Einen Tag schon! Ich habe bereits telegraphisch, daß ich erst morgen abends zurückkomme. Was haben Sie mir, Gisela? Vertrauen Sie mir! Wir haben noch lange Zeit, ich habe bis Koblenz mit. Sind Sie nicht froh, daß ich noch einmal in der Stadt bin?“

Er redete ihr zu, erzählte ihr von Berlin, teilte ihr einen Gruß von dem lieben Herrn Gruenheim, der schon oft nach ihr gefragt habe. Er ist auch ohne mich ausgekommen“, meinte Gisela bitter.

„Auch? — dachte Lambert. Sie liebt mich also nicht! Oder doch?“

„Wie ich mich freue“, fuhr er heftig fort, daß ich nun endlich einmal allein mit Ihnen bin. Ich habe Ihnen noch soviel zu sagen. Wiesend hat uns hier, Gisela, niemand. Sagen Sie, mögen Sie nicht immer mit mir zusammen bleiben?“

„Ohne ein Wort zu erwidern, trampfte sie ihre kleine Hand in die seine.

Er füllte ein Zittern.

„Wissen Sie, was ich möchte? Ich möchte auf der nächsten Station aussteigen, den Zug nach Paris, Rom oder sonstwohin nehmen. Allein mit Ihnen, Gisela! Und dann irgendwo im Süden ein Haus kaufen, in der Sonne, mit vielen Blumen im Garten, wo uns niemand stört, wo wir niemand sehen, nur uns beide...“

„Ein schöner Traum, ja... nur ein Traum!“

„Es ginge, glaube ich, nur ein Tag.“

„Sie gehen zu wollen. Sagen Sie ein Wort, ich tue es! Ich würde im Ausland leben, arbeiten, Romane schreiben, Geld verdienen, viel Geld — für Sie, Gisela! Was schert mich die Welt! Ich könnte alles — alles für Sie tun, Gisela...“

Er lag sie an sich, wühlte mit seinen Lippen in ihren Haaren, atmete das Parfüm ihres Körpers ein. Sie fuhr empor.

„Und in diesem Augenblick bemerkte er, wie der Zug langsam rückwärts fuhr, draußen Leute winkten. Was war geschehen?“

Lambert gab Gisela frei und rannte auf den Gang.

Der Zug fuhr nach Koblenz — nicht wahr?“

„Nicht wahr?“

„Nach Koblenz? Nein! Wir fahren nach Frankfurt! Die Koblenzer Wagen sind eben in Bebra abgefahren!“

„Wein! Ich! Gisela! Ich mit einem Aussteiger in der Bahn. Die Fürstengraben fuhr also allein weiter! Der Borsall, der an sich etwas Komisches hatte — und der Schaffner ließ das samenselbst merken —, erfüllte Gisela mit panischem Schrecken. Blühtartig schloßen ihr alle möglichen Folgen der Tat durch den Kopf: das Ermanen der Fürstengraben — Wundung bei der Polizei — Gedränge hinter dem nächsten Zugabgang — Verhaftung — Rücktransport in die Anstalt — Disziplinarkarte.“

Will Lambert stellte die gleichen Überlegungen an, nur sah er den Fall in milderen Licht, weil er nicht glaubte, daß die Fürstengraben seine Erklärung würde. Darf sie nicht selbst durch ihr Schließen die Frage begünstigen? Auf jeden Fall, das sah Lambert vollkommen ein, war es

seht unmöglich, mit Gisela zu fliehen, da sie es selbst nicht wollte.

Er tröstete sie, so gut es ging, und versprach, auf der nächsten Station aussteigen, ein Telegramm zu schicken und mit ihr dann der Fürstengraben nachzufahren.

Der Zauber war verfliegen. Gisela fröstelte. Sprach kam, erregte sich in der Fantasie immer mehr. Lambert beschloß dem Schaffner die Fahrt. In Bebra verließ er mit Gisela den Zug und fuhr nach Bebra zurück.

Sie warteten in dem ungemütlichen Wartesaal, der voll von übermüdeten Menschen war, bis der Verdonnerung nach Koblenz abfuhr. Will Lambert hatte es aufgegeben, Gisela zur Fahrt zu überreden. Ja, sie hatte recht, es war alles nur ein schöner, unnützer Traum. Sie liebte ihn nicht; sie hatte ihn gern wie einen Vater, das war alles.

Gisela dachte an ganz andere Dinge. Sie hatte Angst, entsetzliche Angst. Sie kannte die grauen Nächte hinter Gittern, sie hatte genug von romantischen Abenteuern, sie war um Jahre älter und reifer geworden.

Als die beiden gegen Abend, nach zweistündiger Fahrt mit einer Kleinbahn, zu Fuß in dem Wartesaal ankamen, empfing sie Frau Pastor Winter — ihr Gatte war dienstlich verhindert — mit einem Gesicht. Die Fürstengraben, die kurz nach Bebra das Verschwinden ihres Schützlings konstatiert hatte, wartete, freudlos vor Verger, oben im Studierzimmer.

Will Lambert entschuldigte sich so gut es ging, erzählte von seinem „zufälligen“ Zusammenreffen mit Gisela im Zug. Die beiden Damen lächelten unglücklich.

„Meine Pflicht wäre es eigentlich“, sagte die Fürstengraben, „Angelegenheit zu erklären.“

„Um des Waghens willen wollen wir noch einmal davon absehen“, fuhr Frau Pastor Winter — „Mein Mann will es absolut. Aber nur unter einer Bedingung.“

„Und die wäre?“ fragte Lambert.

„Daß Sie das Mädchen künftighin in Ruhe lassen und hienervenen Kräfte ihren Schatz anvertrauen. Ich selbst es selbst ein. Herr Lambert, daß ich Ihre Besuche in unserem Hause nicht

dulden kann. Ich bitte Sie, Ihre Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Der Reporter wollte aufbrauen. Aber er mußte, daß er Gisela dann ganz verlor. So brachte er auch dieses Opfer und versprach, in Zukunft nur noch zu schreiben und nicht mehr zu kommen.

Er drückte Gisela ein letztes Mal die Hand, nur mit Wille seine Aufregung beherrschend. Dann verabschiedete er sich gerührt von den Damen und verließ, ohne sich umzublicken, das Haus.

21. Kapitel.

Es kann der Welt nicht in Frieden leben... Pastor Winter hatte sich nicht getäuscht. Gisela worden das harmloseste und arbeitswilligste Mädchen, das man sich denken konnte. Statt des befehligen lichten Einflusses übte sie nur einen guten auf die übrigen Jünglinge des Hauses aus. Selbst die praktisch denkende Frau Pastor mußte es anerkennen.

Das Leben in dem stillen Pfarrhaus ging seinen geregelten Gang. Gisela lernte logen und den Haushalt führen; sie füllte sich wohl, geboren und tat ihr Bestes, um ihre Pflichten zu erfüllen.

Die übrigen Mädchen verhielten sich reserviert gegenüber der neuen Kammerfrau. Sie verhielten sich intinktit, daß sie aus einer fremden, geheimnisvollen Welt kam, und die Lebenserfahrung und Ruhe, die sie trotz ihrer Jugend nun schon besaß, nahmen sie als Ueberheblichkeit und Stolz auf. Im Grunde genommen hatte Frau Pastor Winter recht, als sie ihren Gatten vor dem philanthropischen Experiment warnte. Die Ereignisse, die sich nun zutragen, gaben dem vollkommenen recht.

Gisela hatte einen Brief von Will Lambert bekommen. Sie ging nach dem Essen in den Garten, in eine abgelegene Ecke, und las ihn. Er schrieb: Der Brief enthielt väterliche Ermahnungen; zweimal nur kam „meine kleine, kleine Gisela“ darin vor, sonst nichts. Am Schluss fand die Aufforderung, das Schreiben zu verbrennen, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden.

Gisela steckte den Brief in ihre Schürze und wollte in die Küche zum Geschirrabwaschen zurückkehren. Drei Kuchelklinge, darunter die

Öessentliche Freidenkerversammlung.

In einer von der jadestädtischen Gruppe des Deutschen Freidenkvereins

Zithermusik für die Kranken.
Eine freudige Stunde bereicherte der hiesige Zithermusikverein den Kranken des Städtischen Krankenhauses. Von ihm zum Vortrag gebrachte Lieder, Walzer und Konzertstücke sprachen gut an und wurden von den Krankenhauseinsassen mit lautem Beifall belohnt. Man sah die Zitherspieler nur ungern wieder scheiden.

Eine frohliche Stunde bereitete der hiesige Zithermusikkerein den Kranken des Städtischen Krankenhauses. Von ihm zum Vortrag gebrachte Lieder, Walzer und Konzertsüde sprachen gut an und wurden von den Krankenhausinsassen mit starkem Beifall belohnt. Man sah die Zitherspieler nur ungern wieder scheiden.

Das grauenvolle Autounglück bei Nürnberg — Zwei Menschen getödet, drei verletzt.

ne schreckliche Autokatastrophe, die sich am 1. Betonstraße. Plötzlich geriet er ins Schle-

Zwei Cocktails k

Die Dame mit den drei Spleens.

Aus London wird berichtet: Die 27jäh-

der Freigebühr muß bei der annehmenden Postanstalt für Verpackung und Verladung im Seehafen eine Reichsmark durch Auflösen von Freimarken auf die Paketkarte entrichtet wer-

erhielt drei Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist.

zum Markt gewesen: „Weizensfels“, Kapitän Gewalt, vom Weißen Meer in Geestemünde; „Kürth“, Kapitän Kruse, von der Nordsee in

riedenheit.

Regen Blutschande und Sittlichkeitsverbrechens

In das Nordenhamer Gerichtsgefängnis wurde der Landwirt M. aus Fienshammers

Von rechts nach links. Der Lebensgang eines Junkers.

Von Hellmuth von Gerlach.

(Nachdruck verboten.)

80. Fortsetzung.

Am Vormittag des 8. November 1918 wurde ich angeklagt: „Heute abend finden Betriebsversammlungen aller großen Berliner Betriebe statt. Sie werden gebeten, in der Versammlung von Telefunken zu referieren.“

Die Parole für den 9. November

Ich ausgehen werden. Alle Arbeiter treten früh wie gewöhnlich ihre Arbeit an. Ist bis zur Frühstückspause die Abhandlung des Kaisers da, wird weitergearbeitet. Wenn nicht, tritt Generalstreik ein, und die Arbeiter marschieren in die Stadt.

In diesem Sinne sprach ich vor der Riesensammlung, die den Eindruck wundervoller Disziplin und Entschlossenheit machte.

Nach am 8. November war die ganze Bewegung nicht gegen die Monarchie als Einrichtung geführt, sondern nur gegen den Kaiser und einen ältesten Sohn. Bei rechtzeitiger Abhandlung hätte wahrscheinlich der Reichstagspräsident Prinz Max zu Baden als Reichsverweser den Thron für irgendeinen unumwundenen Hohenzollernprinzen offenhalten können. Aber Wilhelm II. dachte nicht rechtzeitig ab. Um selber an der Macht zu bleiben, opferte er die Interessen seiner Familie und die des monarchischen Prinzips. Bis zum 9. November war Ober zum Kompromiß mit der Monarchie bereit. Weil der Kaiser bis zur Frühstückspause des 9. November nicht verzichtet hatte, konnte Scheidemann zur Mittagsstunde unter Zustimmung des ganzen Volkes die Republik ausrufen.

Des ganzen Volkes!

Von den Zeugnissen von Offizieren, die nach am 8. November auf das „Heil der Kaisertracht“ eingeschwenkt waren, hat nicht einer am 9. November das Bedürfnis empfunden, für seinen Kaiser sein Leben hinzugeben.

Auch sie hatten nämlich das Gefühl: Die Monarchie hat ausgelebt! Wer konnte, eilte nach Hause, um Zivil anzuziehen. Wer auf der Straße von Soldaten angehalten wurde, ließ sich widerstandslos seiner Offiziersabzeichen entkleiden.

Ein Sturm auf die Bastille

Dat nicht. Die Verteidiger der deutschen Bastille gegen schon vorher die weiße Fahne auf.

Die Tore der Gefängnisse öffneten sich freiwillig, um die politischen Gefangenen, wie den Hauptmann von Beerfeldt, freizugeben und ihnen den Weg in die Soldatenräte zu eröffnen. Die Soldaten verdrängten sich mit dem Volk.

Falt o h jedes Muttergötchen war die Hohenzollernmonarchie in die Republik verwandelt worden. Die Straßen Berlins waren von einer selbststarken Menge erfüllt. Kein Auf nach Rache wurde laut.

Zum Mittag des 10. November hatte schon am 8. November der Bund „Neues Vaterland“ eine Veranlassung nach dem Bismarckdenkmal vor dem Reichstag einberufen, um dort die Republik zu proklamieren. Das erlittige sich nunmehr. Die Versammlung wurde zu einer

Begrüßungsfeier für die Republik. Als ich ankam, hatte gerade Dr. Magnus Hirschfeld unter begeisterten Juchzen der Riesenmenge seine Ansprache geschlossen. Ich wurde auf den hohen Sessel des Bismarckdenkmals hinaufgehoben. Raum hatte ich drei Sätze gesprochen, da begann hinter meinem Rücken eine furchtbare Schieberei. Panikartig stieß die Menge nach dem Tiergarten auseinander. Mangels Zuschauer mußte ich meine Rede abbrechen und vom Sessel hinunterstürzen.

Was war geschehen? Die Schieberei hatte sich zwischen dem von Republikanern beklebten Reichstag und dem angelich von Konterrevolutionären beklebten Ingenieurhaus an der Ecke der Dorotheenstraße entzündet. Vielesicht war das Ganze nur ein Mißverständnis. Ihr einziger Opfer war ein Offizier. Als ich hinzutrat, erkannte ich in ihm einen Mann, der am Tage vorher auf meiner Redaktion gewiesen war, um der Republik seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Seine Uniform war ihm zum Verhängnis geworden.

Wenige Tage später war ich im Unterstaatssekretariat im preußischen Ministerium des Innern.

Die preußischen Ministerien wurden damals sämtlich von einem Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokratie besetzt. Für die EKD, jag Paul Hirsch, für die USPD, Dr. Rudolf Breitscheid, in das Innenministerium ein. Breitscheid, der selbst als Verwaltungsbeamter nicht vorgebildet war, hatte in der Sitzung seinen Vorschlag gemacht: „Ich nehme nur an, wenn ich Gerlach als Unterstaatssekretär mitnehmen darf.“ Darauf hatte Adolf Hoffmann erwidert: „Breitscheid, nehmen Sie mit, wenn Sie wollen, wenn Sie nur selber reingehen.“ So konnte ich meine als Negierungsschleier abgeworfene Karriere in einer etwas höheren Rangstufe wieder aufnehmen. Meinem gleichzeitig eintretenden Kollegen Eugen Ernst von der EKD, schlug ich vor, daß wir, um der Republik keine Mißverständnisse zu verurteilen, das für den Unterstaatssekretär vorgesehene Gehalt von 15 000 Mark unter uns teilen wollten, womit er sofort einverstanden war.

Da ich sozusagen von innen her die ersten Monate nach der Revolution mit angehen habe, glaube ich, etwas objektiver als viele radikale Kritiker, die Sünden und Verdienste der neuen Machthaber gegeneinander abwägen zu können. Schwere Unterlassungssünden sind vorgekommen. Einmal leicht wäre es damals gewesen, wie in Österreich die fürstlichen Verwaltungen des Volkes zu enteignen. Das erwarbte ich, hatte die fürstlichen wohl in erster Linie. Warum es nicht geschehen ist, ist mir nie klar geworden. Hätte man jedem der entpflichteten Fürsten eine Rente auf Lebenszeit ausgesetzt, so hätte das einen sehr noblen Eindruck gemacht. Aber offenbar hat man damals Hemmungen gehabt, die im Augenblick einer sogenannten Revolution allerdings unschönbar scheinen. Weit schwerer wiegt noch

Die zweite Unterlassungssünde

daß man nicht den Finger gegen den Großgrundbesitz gerührt hat.

In Ostland, Västland, Litauen, Polen und der Lithauenslowakei wurde die Masse der Landbevölkerung der neuen Staatsordnung durch eine Agrarreform gewonnen, die den Großgrundbesitz radikal beseitigte. Bei uns waren die Bauern und namentlich die Bauernjöhne damals fast sämtlich „rot“. Sie erwarteten, daß nun endlich ihr Land hunger gestillt werden würde. Aber nichts Derartiges geschah. Die Gelehrten konnten sich nämlich nicht einigen, ob man den Großgrundbesitz sozialisieren oder parzellieren solle. Und weil man sich weder für die eine, noch für die andere Maßnahme entscheiden konnte, machte man überhaupt nichts. Die Junker behielten ihre ganze Wirtschaftsmacht, die sie seitdem so trefflich gegen die Republik ausgenutzt haben. Die Bauern aber waren tief enttäuscht, daß ihnen die Republik zwar neue Steuern, aber kein neues Land gebracht hatte, und marschierten wieder nach rechts. Die Republik blieb einseitig, eine städtisch-industrielle Angelegenheit. „Hätte uns die Republik im November 1918 die Hälfte unseres Vermögens konfisziert, so hätten wir die andere Hälfte als ein Geschenk des Himmels angesehen“, gelangt man später ein konservativer Großgrundbesitzer.

Wer alle Unterlassungssünden der Republik ihren ersten Herren als todeswürdiges Verbrechen anrechnet, überseht jedoch

Die verwerflichste schwierige Lage

der ersten Monate. Da waren es die augenpolitischen Verhältnisse, die täglich neue Sorgen heraufbeschworen.

Der Siegestausch der Entente erbitterte das deutsche Volk, das sich von der Forderung zur Demokratie einen erträglichen Frieden versprochen hatte. Alles mußte die Regierung verwerfen, um die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen wenigstens von Fall zu Fall zu mildern.

Die grauenhafte Ernährungsfrage belästigte die Köpfe der Verantwortlichen vor allen anderen. Die Ernährung war nicht einmal auf zwei Wochen im voraus abgesichert. Der Verwaltungsschapparat mußte aufrechterhalten bleiben, und wenn ihn noch so reaktionäre Elemente bedrängten.

Angesichts der Karl Liebknecht, ein ehrliebes Fanatiker, aber politisch ein Kind, durch die Straßen von Berlin und rief zum Kampf gegen die „Verräter an der Revolution“ auf. Und die „revolutionären Obhut“ überhitzten die Ministerien mit Forderungen, die zwar sehr revolutionär klangen, aber bei ihrer Durchführung nur den Sieg der Konterrevolution herbeigeführt hätten.

Dazu kam der ewige, unlösliche Widerstreit zwischen Volksbeauftragten und Arbeiter- und Soldatenräten. Namentlich die Soldatenräte waren ein sonderbares Gewächs. In dem einen Ort ultrarevolutionär, in dem anderen konservativ. Unmittelbar nach der Revolution führ Kapitänleutnant Hans Baasche nach Potsdam, um dort die politisch so unendlich wichtige Korrespondenz des Kaisers zu sichern. Er brachte sein Ansehen beim Potsdamer Soldatenrat vor. Dessen Vorsitzender, ein tüchtiger Offizier, erklärte: „Die Berliner haben in Potsdam gar nichts zu sagen. Wir allein bestimmen hier. Und wir haben beschlossen, daß die Kaiserin dem Kaiser schiden kann, was sie will.“ Am nächsten Tage rollten

ein paar plombierte

Waggons mit den gesamten Älten Wilhelms nach Holland.

Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! Das war die Parole derer, die sich für die alleinigen Revolutionäre hielten. Dabei saßen in den Arbeiter- und Soldatenräten zwar teilweise sehr anständige Leute, die dem Staat Millionen an Mitteln zur Verfügung gestellt hatten. Aber politisch gebildet und politisch einflussreiche Menschen waren in ihnen die Ausnahme.

Alle Ministerien hatten neue Spitzen bekommen, aber die Pyramide darunter war die alte geblieben. Bei uns im Innenministerium dirigierte der Salast von Rries das Polizeibeamt, der konservative Kanakier Ruffner die Verordnungsangelegenheiten. Als Verwaltungsbeamte ausgebildete Republikaner fanden uns nur ganz vereinzelt zur Verfügung. Bewacht sich einer von ihnen um einen Landratsposten, so erwiderte die Geheimratsbürokratie: Nach der Anciennität sind erst andere Anwärter da. Kom ein Mann wie der überaus fähige Reichsminister von Reichlich, wegen ungenügender Höflichkeitserfahrungen gemäßigter Kontrakt, für den Oberpräsidentenposten in Frage, so warf Unterstaatssekretär Dr. Freund ein: Im Falle seiner Ernennung drohen die schließlichen Landräte mit Streik.

Manches ist verümt worden — so sagt man nachträglich mit leichter Miene. Wie schwer es den nachfolgenden neuen Männern aber schwer von allen Seiten gemacht wurde, das können nur die beurteilen, die das alles aus nächster Nähe beobachtet konnten. Was aber auch geschehen lieg mag —

jene Männer

in erster Linie die sozialdemokratischen Führer, sie haben Deutschland von dem zeitweise unaußersichtlichen Chaos gerettet!

Friedrich Ebert hat hier sehr große Verdienste. Das weiß man von den sozialdemokratischen Männern bis hinauf zu Hindenburg! (Fortsetzung folgt)

Interessante Kaffeeprozesse.

In Frankreich und Österreich sind in der letzten Zeit zwei Prozesse zwischen koffeinhaltigem und koffeinfreiem Kaffee zugunsten des koffeinfreien Kaffees entschieden worden.

Die Santa SA in Roulogne, die den koffeinfreien „Café-Santa“ herstellt, hatte in ihrer Propaganda erklärt, der tägliche Genuß von koffeinhaltigem Kaffee rufe eine chronische Vergiftung hervor, die je nach der genossenen Kaffeemenge und dem Gesundheitszustand des Betreffenden mehr oder weniger schwer sei. Das im Kaffee enthaltene Coffein sei ein gefährliches Gift, das Herz, Nerven, Gehör, Nieren und andere Organe reize, Schlafstörungen und Erregungen des Zentralnervensystems verursache. Der koffeinfreie Kaffee hingegen könne keinerlei schädliche Wirkungen auf die genannten Organe und Nervenzentren und auch keine Schlafstörungen im Gefolge haben.

Das Syndikat der Pariser Kaffeehändler hat eine Klage auf Verbot dieser Reklame und auf 500 000 Franc Schadenersatz erhoben.

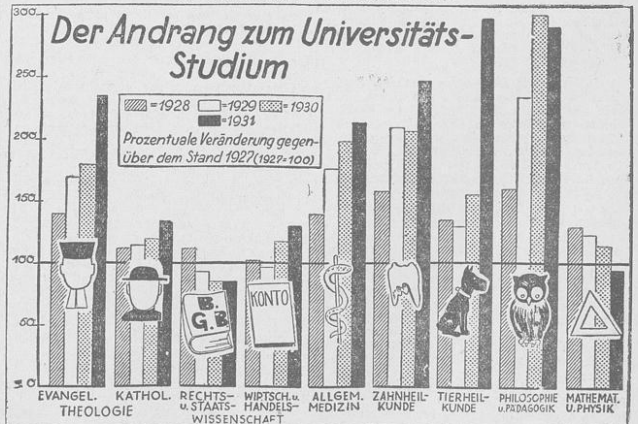
Das Handelsgericht in Paris hat diese Klage des Kaffee-Syndikats in vollem Umfang abgewiesen, mit der Begründung, daß die Reklame der Santa SA sich mit dem Hinweis auf die Schädlichkeit des im gewöhnlichen Bohnenkaffee enthaltenen Coffeins insofern als an Kranke oder irgendwie empfindliche Menschen wende, insofern auch an solche,

die Veranlassung zu Herzkrankeiten und Nervosität bößen. Die Reklame der Santa SA entpuppte sich durchs der Wahrheit und es sei dem Syndikat des koffeinhaltigen Kaffees daher nicht gelungen, den Beweis oder auch nur den Anfang eines Beweises zu erbringen, daß die Propaganda der Santa SA unfauter oder unzulässig sei.

Der in Frankreich verkaufte koffeinfreie „Café-Santa“ wird nach dem gleichen Verfahren hergestellt wie in Deutschland der bekannte koffeinfreie Kaffee Hag.

Hinter diesem Prozeß hat auf Seiten des koffeinhaltigen Kaffees Brasilien gestanden, das Land, das augenblicklich dabei ist, Millionen Säcke Kaffee zu verbrennen. Deswegen hat Brasilien auf Seiten des koffeinhaltigen Kaffees auch hinter einem zweiten Prozeß gestanden, der zugunsten von Kaffee Hag in Wien kürzlich entschieden worden ist. Die dortige Brasil-Kaffee-Gesellschaft hatte ihren Brasil-Kaffee in der Reklame als den reinen, echten, unverfälschten, daher koffeinhaltigen Kaffee angepriesen und damit den Verzicht gemacht, indirekt dem koffeinfreien Kaffee die Eigenschaften der Reinheit, Echtheit und Unverfälschtheit abzusprechen. Diese Reklame ist der Brasil-Kaffee-Gesellschaft auf die Klage der Kaffee Hag in Wien hin durch Urteil des Wiener Handelsgerichts verbot worden, da es sich bei dem koffeinfreien Kaffee Hag durchs um echten, unverfälschten Bohnenkaffee handelt.

Die Überfüllung der akademischen Berufe.



Unsere Statistik zeigt die Verteilung der Studierenden auf die verschiedenen Studienfächer im prozentualen Verhältnis zu dem Stand von 1927. Die Unterbrechungsstellen der Absolventen der theologischen Fakultäten sowie der tierärztlichen Hochschule, die im Jahre 1927 noch bestanden, sind heute durch den enormen Andrang gerade in diesen Studienfächern bereits erschöpft. Die Unterbringung von Abiturienten in nicht-akademischen Berufen ist ein breitendes Problem geworden, um das sich heute alle beteiligten Regierungsstellen bemühen.

Rüstringens Wohlfahrtspolitik vor dem Stadtrat.

Eine aufschlußreiche Rede des Oberbürgermeisters.

In der gestrigen Sitzung des Rüstringer Stadtrats hielt Herr Oberbürgermeister Dr. Raffartz im Anschluß an einen umstrittenen Antrag der Nationalsozialisten, der sich aus bürgerlichen politischen Gründen gegen eine Senkung der Wohlfahrtsbeiträge wandte, die folgende Ansprache. Am Anfangs daran lehnte eine Mehrheit von Bürgerlichen und Sozialdemokraten den demagogischen Antrag ab.

„Meine Damen und Herren! Der Antrag der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion geht dahin, der Stadtrat möge beschließen, daß die vom Magistrat beschlossene Senkung der Wohlfahrtsbeiträge nicht in Kraft trete. Zunächst stellt sich, daß durch den Antrag nur die Bezüge der Wohlfahrts-erwerbslosen getroffen werden sollen, nicht aber die allgemein durchgeführte Senkung der Beiträge in der Wohlfahrtspflege, d. h. auch die Unterhaltungsbeiträge für die sonstigen Hilfsbedürftigen und für die Sozial- und Kleintrentner. Meiner Auffassung nach muß man aber die sonstigen Hilfsbedürftigen — wir zählen derzeit mehrere Hundert — und die Wohlfahrts-erwerbslosen nach einheitlichen Gesichtspunkten behandeln, was das auch bisher immer erfolgt ist. Ebenfalls muß man die Senkung der Unterhaltungsbeiträge der Sozial- und Kleintrentner in Betracht ziehen, wenn die Frage der Beiträge gerecht behandelt werden soll. Ich darf deshalb bei meinen Ausführungen die Senkung der Unterhaltungsbeiträge als eine einheitliche Maßnahme behandeln.“

Zunächst wäre es am einfachsten, darauf hinzuweisen, daß die Festsetzung und jetzt erfolgte Senkung der Beiträge der Wohlfahrtsverwaltung zur alleinigen Zuständigkeit des Magistrats gehört und daß deshalb der Magistrat seine Verantwortung habe, zu einem unzulässigen Antrag Stellung zu nehmen.

Der Magistrat legt aber ganz besondere Wert darauf, bei der von ihm getroffenen Maßnahme — einem der schwersten und verantwortungsvollsten Befähigungen mit dem Stadtrat einig zu gehen. Gestatten Sie mir deshalb, hier im Stadtrat und damit vor der Öffentlichkeit die Gründe anzuführen, die den Magistrat zu einer Neuweisung der Beiträge für die Wohlfahrtspflege zwingen mußten.

Das schwerste Finanzproblem für alle Gemeinden ist seit zwei Jahren das Steigen der Ausgaben für ihre Aufgaben auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens. Bedingt ist dieses Steigen durch das rapide Anwachsen der Wohlfahrts-erwerbslosen, d. h. derjenigen erwerbsfähigen Personen, auf Grund ihrer langwierigen Erwerbslosigkeit ihren Lebensunterhalt an die Erwerbslosenversicherung und an die Arbeitsunterstützung verlieren haben, oder, wie man allgemein sagt, ausgebeutert sind. Während im Sommer des Jahres 1928 die Zahl der Erwerbslosen überhaupt kaum mehr als eine Million betrug, heute die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen, deren Unterhaltung den Gemeinden allein obliegt, auf weit über eine Million gestiegen. Der Unterhaltungsbetrag der Wohlfahrtsämter stand früher in einem gewissen Verhältnis zu der Höhe des Anspruchs des Erwerbslosen an die Erwerbslosenversicherung.

Das Anwachsen der Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen einerseits, die Verabreichung der Unterhaltungsbeiträge in der Erwerbslosenversicherung andererseits zwingen bereits im Februar 1931 viele deutsche Städte zu einer Ermäßigung der Unterhaltungsbeiträge. Bereits im Mai 1931 hatten nach einer Auszählung des Deutschen Städtetages mehr als 30 größere Städte eine Senkung um rund 72 Prozent durchgeführt.

Die Not der Gemeindefinanzen veranlaßte das Reich erstmalig im Juni 1931 Mittel für die mit besonderen Sorgen für ihre Erwerbslosen bedrängten Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Es handelte sich um einen Betrag von 60 Millionen Reichsmark. Die Voraussetzungen für die Erhaltung eines Zuschlagssatzes war, daß die bürgerlichen Gemeinden mehr als 75 Prozent Wohlfahrts-erwerbslose des Durchschnitts der Städte gleicher Größe aufzuweisen hätten. Rüstringen kam damals für eine Unterfütterung nicht in Frage, weil wir diesen Durchschnitt nicht erreichten. Durch Notverordnung vom Oktober 1931 wurden

diese Mittel auf 150 Millionen erhöht. Jetzt wurden auch solche Städte mit einem Zuschlagssatz, in denen die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen mehr als 50 Prozent des Durchschnitts der Städte gleicher Größe ausmachten. Dies trifft für Rüstringen zu und haben wir seit Oktober einen Zuschlagssatz in Höhe von 3000 bis 3500 Reichsmark pro Monat erhalten.

Das Reich machte die Verteilung dieser Mittel abhängig von drei Voraussetzungen: 1. Es mußte feststehen, daß die Gemeinde selbst die besten Sozialleistungen nach Möglichkeit, ihren Haushalt zum Ausgleich zu bringen.

2. Die Ausschöpfung der Steuerquellen, insbesondere der Biersteuer, Getränkesteuer und Bürgersteuer mußte reiflos erfolgt sein. Bei der letzteren Steuer ließ man das als gegeben an, wenn im allgemeinen 300 Prozent Zuschlag zum Landessteuersatz erhoben wurden;

3. Die Unterhaltungsbeiträge der Wohlfahrtsämter mußten im Rahmen der erfolgten allgemeinen Senkung der Lebenshaltung und der erfolgten Preissteigerung festgesetzt werden. Fast alle heutigen Städte haben noch im Herbst v. J. maßgebende und einsparnde Sparmaßnahmen, besonders auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege eingelegt. Bei den Rüstringen wurde teilweise zum zweiten Mal eine Reduzierung vorgenommen.

Auch die preußische Regierung hatte inzwischen mit Erlass vom 16. September 1931 eine allgemeine Senkung der Beiträge angeordnet. Danach sollten in Preußen die Beiträge vom 1. Oktober 1931 ab um mindestens 12 Prozent gesenkt werden, sofern nicht in den letzten 2½ Jahren schon eine Senkung bereits vorgenommen war. Eine solche Senkung konnte auf die 12 Prozent angesetzt werden.

Bereits vor Veröffentlichung dieses Erlasses hatte auch in Nordwestdeutschland eine ganze Zahl von Städten ihre Beiträge herabgesetzt. Die Notverordnung vom 7. Dezember 1931 brachte einen weiteren Abbau der Renten und anderer sonstigen Unterhaltungsbeiträge. Deshalb werden diejenigen Rüstringerverbände, die bisher eine Senkung der Beiträge nicht vorgenommen hatten, doppelt belastet, denn der Abbau der Einkommen, der fortan einen Teil der Einkommensverluste in der Sozialversicherung der Entziehung des Kinderzuschlags nach dem 15. Lebensjahr mußte mehr oder weniger von den Fürsorgeverbänden, die noch ihre alten Beiträge beibehalten haben, ausgeglichen werden.

Die Voraussetzungen, die an die Gewährung des Reichszuschusses geknüpft waren, sind in Rüstringen nicht reiflos erfüllt. Auch bei uns wird man anerkennen müssen, daß Stadtrat und Magistrat alles versucht haben, um eine sparsame Wirtschaftsführung zu ermöglichen.

Der Erfolg ist ja auch der gewesen, daß es uns bisher im Gegensatz zu vielen anderen Städten gelungen ist, alle Leistungen zu erfüllen. Ich darf betonen, daß die großen Zinsausgaben im Dezember pünktlich erfolgt sind, daß keine rückständigen Rechnungen in den letzten Monaten jemals vorgelegen haben, daß die Büche und Gehälter, vor allem auch die Unterhaltungsbeiträge, immer fristgemäß zur Auszahlung gelangt sind.

Die Ausschöpfung der Steuerquellen ist bei uns nicht in dem Maße erfolgt, wie es aus Grund der Notverordnung vorgehen war. Die Biersteuer wird allerdings in voller Höhe erhoben. Die Getränkesteuer ist bisher nicht eingeholt worden, da wir einen großen finanziellen Erfolg nicht erwarten. Auch die Bürgersteuer wird bei uns nur in Höhe von 100 Prozent erhoben.

Bereits vor mehreren Monaten wurde der Stadtmagistrat aufgefordert, Bericht über die Ausschöpfung der Steuerquellen zu geben und wurde darauf hingewiesen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müßten, um den Zuschuß weiterzubekommen. Der Magistrat hat erklärt, daß die Bürgersteuer nur in Höhe von 100 Prozent zur Erhebung gelangt, hat aber gegeben, daß die Wohnungsteuer, mit der ja auch alle Bevölkerungsteile in den nächsten Wochen belastet werden, als Ausgleich betrachtet wird. Die Wohnungsteuererhöhung ist eine Staatssteuer. Der Erfolg soll den notwendigen Gemeinden zukommen. Der Verteilungsschlüssel wird vom Staatsministerium festgelegt.

In diesem Zusammenhang will ich nur erwähnen, daß die Bürgersteuer in vielen deutschen Städten in sehr harter Höhe erhoben wird. Nach einer Auszählung des Deutschen Städtetages erhoben von 65 Städten nur zwei Städte die Bürgersteuer mit 100 Prozent Zuschlag, eine Stadt mit 150 Prozent, neun Städte mit 200 Prozent, zwei Städte mit 250 Prozent, 34 Städte mit 300 Prozent, eine Stadt mit 350 Prozent, zwölf Städte mit 400 Prozent, vier Städte mit 500 Prozent. Die beiden Städte, die nur je 100 Prozent Zuschlag erhoben, sind Wilhelmshaven und Rüstringen. Beide Städte dürfen also für sich in Anspruch nehmen, ihre Bevölkerung in dieser Hinsicht am geringsten belastet zu haben.

Eine Senkung der Beiträge ist bisher nicht erfolgt. Die Entwicklung auf diesem Gebiete haben wir seitens der Wohlfahrtsverwaltung und der Finanzverwaltung seit langem verfolgt. Immer wieder haben wir jedoch eine Entscheidung über die Senkung hinausgeschoben. Unser Wille war, eher alle anderen Maßnahmen durchzuführen, bevor wir an eine Senkung der Unterhaltungsbeiträge für den ärmsten Teil der Bevölkerung herangehen wollten.

So ist Rüstringen unter den Städten gleicher Größe bisher fast die einzige Stadt gewesen, die die alten Beiträge noch aufrechterhalten hat. Ich darf auch erwähnen, daß eine Weinabschöpfung, wie wir sie noch im Dezember durchführten, fast nirgends mehr zur Auszahlung gelangen konnte. Bewußt war uns in der Verwaltung bereits lange, daß eines Tages es für uns erforderlich war, Vorstöße zur Senkung der Beiträge zu machen, wenn wir nicht verantwortungslos den Dingen ihren Lauf lassen wollten. Es war uns klar, daß es für die Stadt nicht mehr tragbar war, die Beiträge dauernd über dem Stand anderer Städte zu halten. Die Vorarbeiten über die Senkung der Wohlfahrtsbeiträge waren deshalb auch im Monat Januar in Angriff genommen.

Am 16. Januar d. J. wurde uns während dieser Vorarbeiten ein

Schreiben des Ministeriums des Innern, dem die Verteilung der Reichsmittel und die Überwachung der Verwendung zugeht, zugeht. Der Inhalt des Schreibens ist im Wortlaut hier mitzuteilen:

„Durch Verfügung vom gestrigen Tage ist der Stadtmagistrat als April 1931 den vom Reich zur Erleichterung der Wohlfahrtsämter zur Verfügung gestellten 150 Millionen Reichsmark der Monatsbetrag von 3396,67 Reichsmark überwiesen worden. Das Ministerium macht darauf aufmerksam, daß nach Kapitel 11 Art. 2 § 2 d. vierten Teils der

Verordnung vom 5. Juni 1931 die Beteiligung an diesen Zuschüssen, abgesehen von den an die Finanzverwaltung der Bezirksfürsorgeverbände gestellten Anforderungen, davon abhängig ist, daß die Beiträge für die laufende Unterfütterung in der allgemeinen Fürsorge zusätzlich der außerdem gewährten Leistungen, auf die einzelnen Parteien gerechnet, das Maß des Erforderlichen und Angemessenen nicht übersteigen. Entsprechende Anforderungen wird das Land für eine Beteiligung an dem zur Erleichterung der Wohlfahrtsämter bestimmten Kapital feststellen. Die Senkung der Beiträge auf vielen Gebieten, aus dem Stand der Büche, muß es im allgemeinen ermöglichen, mit den Beiträgen herunters zu gehen, ohne den notwendigen Lebensbedarf der Unterfütterung zu gefährden. Auch in den benachteiligten preußischen Gebieten ist die Senkung der Beiträge im Aufstiegswege geduldet worden. Auch die Lage der Finanzen am Schluß des Rechnungsjahres wird dazu nötigen, die bisherigen Beiträge zu überprüfen, weil sich herausstellen könnte, daß bei Beibehaltung der Beiträge die sonstigen Mittel schließlich nicht mehr bestritten werden könnten. Der Magistrat sollte sich Bericht und entsprechende Beschlüsse fassen, widrigenfalls mit einer Beteiligung an Reichs- und Landeszuschüssen nicht gerechnet werden könnte.“

Dieses Schreiben mußte die Wohlfahrtsverwaltung und die Finanzverwaltung veranlassen, nun endlich die letzte Entscheidung zu fassen, was zum Abschluß zu bringen, wenn nicht die Finanzengpässe und damit überfordert die bisher immer noch ordnungsmäßig erfolgte Auszahlung der Unterhaltungsbeiträge gefährdet werden sollte. Ein Verzicht auf die Beiträge wäre unzulässig und auf unsere Seite der Wohlfahrtsämter, wenn andere Einnahmen zur Verfügung gestellt werden. Bei dem Reichszuschuß handelt es sich noch in diesem Jahr um eine Summe von rund 2000 Reichsmark, bei der Wohnungsteuererhöhung sicherlich um 6000 Reichsmark. Die Verteilung wäre also mit der Wohnungsteuererhöhung, ohne daß der Gemeindefinanz für die Wohlfahrtsausgaben auch nur den geringsten Vorteil geblieben hätte, andererseits wäre eine erneute Belastung mit erhöhter Bürgersteuer erforderlich, nicht um neue Mittel zu schaffen, sondern nur um einen Ausgleich für den Verlust zu suchen.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen nunmehr einen Überblick über die besondere Entwicklung der Beiträge in unserer Stadt gebe. Die Zahl der Personen, die die Wohlfahrtsverwaltung in der allgemeinen offenen Fürsorge zu unterhalten hat, ist in den letzten Jahren ganz gemäßig gestiegen.

In diesem Teil der Wohlfahrtspflege waren zu unterhalten: Am 4. Januar 1930 529 Parteien mit 885 Familienangehörigen, am 3. Januar 1931 585 Parteien mit 1119 Familienangehörigen, am 4. April 1931 877 Parteien mit 1081 Familienangehörigen, am 29. August 1931 1471 Parteien mit 1331 Familienangehörigen, am 7. November 1931 1132 Parteien mit 1403 Familienangehörigen, am 23. Januar 1932 1428 Parteien mit 1740 Familienangehörigen. In der allgemeinen Fürsorge befinden sich in der Stadt heute die Wohlfahrts-erwerbslosen, allerdings auch noch mehrere Hundert sonstiger Unterhaltungsbedürftige. Die Zahl der vom Wohlfahrtsamt zu Unterhaltenen wäre noch viel höher, wenn wir nicht seit zwei Jahren eine sehr umfangreiche Arbeitsfürsorge gehabt hätten. Seit dem Frühjahr 1930 bis heute wurden mehr als 530 Wohlfahrts-erwerbslose bei den Fürsorgearbeiten gegen Tariflohn beschäftigt. Dank dieser umfangreichen Arbeitsfürsorge ist auch die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen im Verhältnis zu der anderen Städte mit gleicher Einwohnerzahl immer niedriger geblieben. So betrug im November der Reichsdurchschnitt für Städte mit 25.000 bis 50.000 Einwohner 31,3 Prozent auf 1000 Einwohner, bei uns nur 18,6 Prozent. Jedoch ist zu bemerken, daß in der obigen Zahl nur die in der offenen Fürsorge unterhaltenen Personen enthalten sind, nicht die Anstaltsinsassen, keine Sozial- und Kleintrentner, keine Kriegsbeschädigten usw.

Ferner war ein erheblicher Zugang von Arbeitslosen zu verzeichnen, die in der Erwerbslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung unterfütterung erhalten mußten. Selbst die Zahl der Sozial- und Kleintrentner, die in dem letzten Jahre stabil blieb, bei den Kleintrentnern sogar im Annehmen begriffen war, ist in den letzten Monaten infolge der Vergrößerung der Rente und des sonstigen Kapitaleinkommens gestiegen.

Zählen wir noch am 1. April 1931 304 zu unterfütternde Sozialrentner, so sind es am 1. Februar 1932 352. Die Zahl der Kleintrentner ist im gleichen Zeitraum gestiegen von 66 auf 79. Wie sich diese Entwicklung finanziell auswirkt, mag Ihnen folgende Zahlen zeigen: Es waren ausgegeben jeweils bis zum 1. Februar, also in den ersten zehn Monaten des Etatsjahres, im Jahre 1930 140.000 RM, im Jahre 1931 129.000 RM, im Jahre 1932 129.000 RM, im Jahre 1933 129.000 RM, im Jahre 1934 129.000 RM, im Jahre 1935 129.000 RM, im Jahre 1936 129.000 RM, im Jahre 1937 129.000 RM, im Jahre 1938 129.000 RM, im Jahre 1939 129.000 RM, im Jahre 1940 129.000 RM, im Jahre 1941 129.000 RM, im Jahre 1942 129.000 RM, im Jahre 1943 129.000 RM, im Jahre 1944 129.000 RM, im Jahre 1945 129.000 RM, im Jahre 1946 129.000 RM, im Jahre 1947 129.000 RM, im Jahre 1948 129.000 RM, im Jahre 1949 129.000 RM, im Jahre 1950 129.000 RM, im Jahre 1951 129.000 RM, im Jahre 1952 129.000 RM, im Jahre 1953 129.000 RM, im Jahre 1954 129.000 RM, im Jahre 1955 129.000 RM, im Jahre 1956 129.000 RM, im Jahre 1957 129.000 RM, im Jahre 1958 129.000 RM, im Jahre 1959 129.000 RM, im Jahre 1960 129.000 RM, im Jahre 1961 129.000 RM, im Jahre 1962 129.000 RM, im Jahre 1963 129.000 RM, im Jahre 1964 129.000 RM, im Jahre 1965 129.000 RM, im Jahre 1966 129.000 RM, im Jahre 1967 129.000 RM, im Jahre 1968 129.000 RM, im Jahre 1969 129.000 RM, im Jahre 1970 129.000 RM, im Jahre 1971 129.000 RM, im Jahre 1972 129.000 RM, im Jahre 1973 129.000 RM, im Jahre 1974 129.000 RM, im Jahre 1975 129.000 RM, im Jahre 1976 129.000 RM, im Jahre 1977 129.000 RM, im Jahre 1978 129.000 RM, im Jahre 1979 129.000 RM, im Jahre 1980 129.000 RM, im Jahre 1981 129.000 RM, im Jahre 1982 129.000 RM, im Jahre 1983 129.000 RM, im Jahre 1984 129.000 RM, im Jahre 1985 129.000 RM, im Jahre 1986 129.000 RM, im Jahre 1987 129.000 RM, im Jahre 1988 129.000 RM, im Jahre 1989 129.000 RM, im Jahre 1990 129.000 RM, im Jahre 1991 129.000 RM, im Jahre 1992 129.000 RM, im Jahre 1993 129.000 RM, im Jahre 1994 129.000 RM, im Jahre 1995 129.000 RM, im Jahre 1996 129.000 RM, im Jahre 1997 129.000 RM, im Jahre 1998 129.000 RM, im Jahre 1999 129.000 RM, im Jahre 2000 129.000 RM, im Jahre 2001 129.000 RM, im Jahre 2002 129.000 RM, im Jahre 2003 129.000 RM, im Jahre 2004 129.000 RM, im Jahre 2005 129.000 RM, im Jahre 2006 129.000 RM, im Jahre 2007 129.000 RM, im Jahre 2008 129.000 RM, im Jahre 2009 129.000 RM, im Jahre 2010 129.000 RM, im Jahre 2011 129.000 RM, im Jahre 2012 129.000 RM, im Jahre 2013 129.000 RM, im Jahre 2014 129.000 RM, im Jahre 2015 129.000 RM, im Jahre 2016 129.000 RM, im Jahre 2017 129.000 RM, im Jahre 2018 129.000 RM, im Jahre 2019 129.000 RM, im Jahre 2020 129.000 RM, im Jahre 2021 129.000 RM, im Jahre 2022 129.000 RM, im Jahre 2023 129.000 RM, im Jahre 2024 129.000 RM, im Jahre 2025 129.000 RM, im Jahre 2026 129.000 RM, im Jahre 2027 129.000 RM, im Jahre 2028 129.000 RM, im Jahre 2029 129.000 RM, im Jahre 2030 129.000 RM, im Jahre 2031 129.000 RM, im Jahre 2032 129.000 RM, im Jahre 2033 129.000 RM, im Jahre 2034 129.000 RM, im Jahre 2035 129.000 RM, im Jahre 2036 129.000 RM, im Jahre 2037 129.000 RM, im Jahre 2038 129.000 RM, im Jahre 2039 129.000 RM, im Jahre 2040 129.000 RM, im Jahre 2041 129.000 RM, im Jahre 2042 129.000 RM, im Jahre 2043 129.000 RM, im Jahre 2044 129.000 RM, im Jahre 2045 129.000 RM, im Jahre 2046 129.000 RM, im Jahre 2047 129.000 RM, im Jahre 2048 129.000 RM, im Jahre 2049 129.000 RM, im Jahre 2050 129.000 RM, im Jahre 2051 129.000 RM, im Jahre 2052 129.000 RM, im Jahre 2053 129.000 RM, im Jahre 2054 129.000 RM, im Jahre 2055 129.000 RM, im Jahre 2056 129.000 RM, im Jahre 2057 129.000 RM, im Jahre 2058 129.000 RM, im Jahre 2059 129.000 RM, im Jahre 2060 129.000 RM, im Jahre 2061 129.000 RM, im Jahre 2062 129.000 RM, im Jahre 2063 129.000 RM, im Jahre 2064 129.000 RM, im Jahre 2065 129.000 RM, im Jahre 2066 129.000 RM, im Jahre 2067 129.000 RM, im Jahre 2068 129.000 RM, im Jahre 2069 129.000 RM, im Jahre 2070 129.000 RM, im Jahre 2071 129.000 RM, im Jahre 2072 129.000 RM, im Jahre 2073 129.000 RM, im Jahre 2074 129.000 RM, im Jahre 2075 129.000 RM, im Jahre 2076 129.000 RM, im Jahre 2077 129.000 RM, im Jahre 2078 129.000 RM, im Jahre 2079 129.000 RM, im Jahre 2080 129.000 RM, im Jahre 2081 129.000 RM, im Jahre 2082 129.000 RM, im Jahre 2083 129.000 RM, im Jahre 2084 129.000 RM, im Jahre 2085 129.000 RM, im Jahre 2086 129.000 RM, im Jahre 2087 129.000 RM, im Jahre 2088 129.000 RM, im Jahre 2089 129.000 RM, im Jahre 2090 129.000 RM, im Jahre 2091 129.000 RM, im Jahre 2092 129.000 RM, im Jahre 2093 129.000 RM, im Jahre 2094 129.000 RM, im Jahre 2095 129.000 RM, im Jahre 2096 129.000 RM, im Jahre 2097 129.000 RM, im Jahre 2098 129.000 RM, im Jahre 2099 129.000 RM, im Jahre 2100 129.000 RM, im Jahre 2101 129.000 RM, im Jahre 2102 129.000 RM, im Jahre 2103 129.000 RM, im Jahre 2104 129.000 RM, im Jahre 2105 129.000 RM, im Jahre 2106 129.000 RM, im Jahre 2107 129.000 RM, im Jahre 2108 129.000 RM, im Jahre 2109 129.000 RM, im Jahre 2110 129.000 RM, im Jahre 2111 129.000 RM, im Jahre 2112 129.000 RM, im Jahre 2113 129.000 RM, im Jahre 2114 129.000 RM, im Jahre 2115 129.000 RM, im Jahre 2116 129.000 RM, im Jahre 2117 129.000 RM, im Jahre 2118 129.000 RM, im Jahre 2119 129.000 RM, im Jahre 2120 129.000 RM, im Jahre 2121 129.000 RM, im Jahre 2122 129.000 RM, im Jahre 2123 129.000 RM, im Jahre 2124 129.000 RM, im Jahre 2125 129.000 RM, im Jahre 2126 129.000 RM, im Jahre 2127 129.000 RM, im Jahre 2128 129.000 RM, im Jahre 2129 129.000 RM, im Jahre 2130 129.000 RM, im Jahre 2131 129.000 RM, im Jahre 2132 129.000 RM, im Jahre 2133 129.000 RM, im Jahre 2134 129.000 RM, im Jahre 2135 129.000 RM, im Jahre 2136 129.000 RM, im Jahre 2137 129.000 RM, im Jahre 2138 129.000 RM, im Jahre 2139 129.000 RM, im Jahre 2140 129.000 RM, im Jahre 2141 129.000 RM, im Jahre 2142 129.000 RM, im Jahre 2143 129.000 RM, im Jahre 2144 129.000 RM, im Jahre 2145 129.000 RM, im Jahre 2146 129.000 RM, im Jahre 2147 129.000 RM, im Jahre 2148 129.000 RM, im Jahre 2149 129.000 RM, im Jahre 2150 129.000 RM, im Jahre 2151 129.000 RM, im Jahre 2152 129.000 RM, im Jahre 2153 129.000 RM, im Jahre 2154 129.000 RM, im Jahre 2155 129.000 RM, im Jahre 2156 129.000 RM, im Jahre 2157 129.000 RM, im Jahre 2158 129.000 RM, im Jahre 2159 129.000 RM, im Jahre 2160 129.000 RM, im Jahre 2161 129.000 RM, im Jahre 2162 129.000 RM, im Jahre 2163 129.000 RM, im Jahre 2164 129.000 RM, im Jahre 2165 129.000 RM, im Jahre 2166 129.000 RM, im Jahre 2167 129.000 RM, im Jahre 2168 129.000 RM, im Jahre 2169 129.000 RM, im Jahre 2170 129.000 RM, im Jahre 2171 129.000 RM, im Jahre 2172 129.000 RM, im Jahre 2173 129.000 RM, im Jahre 2174 129.000 RM, im Jahre 2175 129.000 RM, im Jahre 2176 129.000 RM, im Jahre 2177 129.000 RM, im Jahre 2178 129.000 RM, im Jahre 2179 129.000 RM, im Jahre 2180 129.000 RM, im Jahre 2181 129.000 RM, im Jahre 2182 129.000 RM, im Jahre 2183 129.000 RM, im Jahre 2184 129.000 RM, im Jahre 2185 129.000 RM, im Jahre 2186 129.000 RM, im Jahre 2187 129.000 RM, im Jahre 2188 129.000 RM, im Jahre 2189 129.000 RM, im Jahre 2190 129.000 RM, im Jahre 2191 129.000 RM, im Jahre 2192 129.000 RM, im Jahre 2193 129.000 RM, im Jahre 2194 129.000 RM, im Jahre 2195 129.000 RM, im Jahre 2196 129.000 RM, im Jahre 2197 129.000 RM, im Jahre 2198 129.000 RM, im Jahre 2199 129.000 RM, im Jahre 2200 129.000 RM, im Jahre 2201 129.000 RM, im Jahre 2202 129.000 RM, im Jahre 2203 129.000 RM, im Jahre 2204 129.000 RM, im Jahre 2205 129.000 RM, im Jahre 2206 129.000 RM, im Jahre 2207 129.000 RM, im Jahre 2208 129.000 RM, im Jahre 2209 129.000 RM, im Jahre 2210 129.000 RM, im Jahre 2211 129.000 RM, im Jahre 2212 129.000 RM, im Jahre 2213 129.000 RM, im Jahre 2214 129.000 RM, im Jahre 2215 129.000 RM, im Jahre 2216 129.000 RM, im Jahre 2217 129.000 RM, im Jahre 2218 129.000 RM, im Jahre 2219 129.000 RM, im Jahre 2220 129.000 RM, im Jahre 2221 129.000 RM, im Jahre 2222 129.000 RM, im Jahre 2223 129.000 RM, im Jahre 2224 129.000 RM, im Jahre 2225 129.000 RM, im Jahre 2226 129.000 RM, im Jahre 2227 129.000 RM, im Jahre 2228 129.000 RM, im Jahre 2229 129.000 RM, im Jahre 2230 129.000 RM, im Jahre 2231 129.000 RM, im Jahre 2232 129.000 RM, im Jahre 2233 129.000 RM, im Jahre 2234 129.000 RM, im Jahre 2235 129.000 RM, im Jahre 2236 129.000 RM, im Jahre 2237 129.000 RM, im Jahre 2238 129.000 RM, im Jahre 2239 129.000 RM, im Jahre 2240 129.000 RM, im Jahre 2241 129.000 RM, im Jahre 2242 129.000 RM, im Jahre 2243 129.000 RM, im Jahre 2244 129.000 RM, im Jahre 2245 129.000 RM, im Jahre 2246 129.000 RM, im Jahre 2247 129.000 RM, im Jahre 2248 129.000 RM, im Jahre 2249 129.000 RM, im Jahre 2250 129.000 RM, im Jahre 2251 129.000 RM, im Jahre 2252 129.000 RM, im Jahre 2253 129.000 RM, im Jahre 2254 129.000 RM, im Jahre 2255 129.000 RM, im Jahre 2256 129.000 RM, im Jahre 2257 129.000 RM, im Jahre 2258 129.000 RM, im Jahre 2259 129.000 RM, im Jahre 2260 129.000 RM, im Jahre 2261 129.000 RM, im Jahre 2262 129.000 RM, im Jahre 2263 129.000 RM, im Jahre 2264 129.000 RM, im Jahre 2265 129.000 RM, im Jahre 2266 129.000 RM, im Jahre 2267 129.000 RM, im Jahre 2268 129.000 RM, im Jahre 2269 129.000 RM, im Jahre 2270 129.000 RM, im Jahre 2271 129.000 RM, im Jahre 2272 129.000 RM, im Jahre 2273 129.000 RM, im Jahre 2274 129.000 RM, im Jahre 2275 129.000 RM, im Jahre 2276 129.000 RM, im Jahre 2277 129.000 RM, im Jahre 2278 129.000 RM, im Jahre 2279 129.000 RM, im Jahre 2280 129.000 RM, im Jahre 2281 129.000 RM, im Jahre 2282 129.000 RM, im Jahre 2283 129.000 RM, im Jahre 2284 129.000 RM, im Jahre 2285 129.000 RM, im Jahre 2286 129.000 RM, im Jahre 2287 129.000 RM, im Jahre 2288 129.000 RM, im Jahre 2289 129.000 RM, im Jahre 2290 129.000 RM, im Jahre 2291 129.000 RM, im Jahre 2292 129.000 RM, im Jahre 2293 129.000 RM, im Jahre 2294 129.000 RM, im Jahre 2295 129.000 RM, im Jahre 2296 129.000 RM, im Jahre 2297 129.000 RM, im Jahre 2298 129.000 RM, im Jahre 2299 129.000 RM, im Jahre 2300 129.000 RM, im Jahre 2301 129.000 RM, im Jahre 2302 129.000 RM, im Jahre 2303 129.000 RM, im Jahre 2304 129.000 RM, im Jahre 2305 129.000 RM, im Jahre 2306 129.000 RM, im Jahre 2307 129.000 RM, im Jahre 2308 129.000 RM, im Jahre 2309 129.000 RM, im Jahre 2310 129.000 RM, im Jahre 2311 129.000 RM, im Jahre 2312 129.000 RM, im Jahre 2313 129.000 RM, im Jahre 2314 129.000 RM, im Jahre 2315 129.000 RM, im Jahre 2316 129.000 RM, im Jahre 2317 129.000 RM, im Jahre 2318 129.000 RM, im Jahre 2319 129.000 RM, im Jahre 2320 129.000 RM, im Jahre 2321 129.000 RM, im Jahre 2322 129.000 RM, im Jahre 2323 129.000 RM, im Jahre 2324 129.000 RM, im Jahre 2325 129.000 RM, im Jahre 2326 129.000 RM, im Jahre 2327 129.000 RM, im Jahre 2328 129.000 RM, im Jahre 2329 129.000 RM, im Jahre 2330 129.000 RM, im Jahre 2331 129.000 RM, im Jahre 2332 129.000 RM, im Jahre 2333 129.000 RM, im Jahre 2334 129.000 RM, im Jahre 2335 129.000 RM, im Jahre 2336 129.000 RM, im Jahre 2337 129.000 RM, im Jahre 2338 129.000 RM, im Jahre 2339 129.000 RM, im Jahre 2340 129.000 RM, im Jahre 2341 129.000 RM, im Jahre 2342 129.000 RM, im Jahre 2343 129.000 RM, im Jahre 2344 129.000 RM, im Jahre 2345 129.000 RM, im Jahre 2346 129.000 RM, im Jahre 2347 129.000 RM, im Jahre 2348 129.000 RM, im Jahre 2349 129.000 RM, im Jahre 2350 129.000 RM, im Jahre 2351 129.000 RM, im Jahre 2352 129.000 RM, im Jahre 2353 129.000 RM, im Jahre 2354 129.000 RM, im Jahre 2355 129.000 RM, im Jahre 2356 129.000 RM, im Jahre 2357 129.000 RM, im Jahre 2358 129.000 RM, im Jahre 2359 129.000 RM, im Jahre 2360 129.000 RM, im Jahre 2361 129.000 RM, im Jahre 2362 129.000 RM, im Jahre 2363 129.000 RM, im Jahre 2364 129.000 RM, im Jahre 2365 129.000 RM, im Jahre 2366 129.000 RM, im Jahre 2367 129.000 RM, im Jahre 2368 129.000 RM, im Jahre 2369 129.000 RM, im Jahre 2370 129.000 RM, im Jahre 2371 129.000 RM, im Jahre 2372 129.000 RM, im Jahre 2373 129.000 RM, im Jahre 2374 129.000 RM, im Jahre 2375 129.000 RM, im Jahre 2376 129.000 RM, im Jahre 2377 129.000 RM,

Zahl entgegennehmen müssen, die mit Recht darauf hinweisen, daß ihr Lohn geringer ist, als der in der Wirtschaftspflege. Solche Urteile sind nicht einmal, sondern wiederholt bisher bei der Wohlfahrtsverwaltung gefallt worden.

3. Schließlich kommt mir auch bei der Senkung der Wirtschaftspflege die Frage der Senkung der Wirtschaftspflege, die bereits gefallt haben, nicht außer Acht lassen. Insbesondere ist es unmöglich, allzu große Unterschiede in der Höhe der Unterfertigung in dem einheitlichen Wirtschaftsfeld der beiden Städte zu haben. Mir scheint es, daß aber bereits seit dem 1. Januar 1932 die Höhe um 12 Prozent herabgesetzt wurde mit dieser Senkung abgehoben zu haben. In der Folgezeit für die Sozial- und Kleinrentner sind die Höhe, die im übrigen über dem Durchschnitt der nordwestdeutschen Städte liegen, in Zukunft in beiden Städten gleich. Die Unterfertigung in der allgemeinen öffentlichen Verwaltung, unter die auch die Wohlfahrtsverwaltung fallen, ist in Rüstingen teilweise höher, selbst wenn man die Tatsache in Rechnung stellt, daß in Rüstingen ein Ertrag der Mietsteuer in Frage kommt. Auch gegenüber anderen Städten liegen

die Rüstinger Höhe über dem Durchschnitt, wobei zu berücksichtigen ist, daß bei uns der Ertrag erst heute in Kraft tritt. Die Vergleichshöhe aber aus Mai und Oktober 1931 stammen und teils auch jetzt noch erneuert gekürzt werden. Die Rüstinger Unterfertigungsliegen auch in Zukunft noch weit über den Beträgen der Nachbargemeinden.

Der Zugab besonders aus den Landgemeinden nach hier ist deshalb immer sehr stark gewesen. Die Wohlfahrtskommission mußte deshalb beschließen, solche Zuwanderer geringer als die ortsfestliche Bevölkerung zu unterfertigen, weil sonst die allgemeine Höhe der Unterfertigungen

nach weiter durch die großen Ausgaben gefährdet war. Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, die verschiedenen Gründe Ihnen vorzutragen, die den Magistrat veranlaßt haben, eine neue Festlegung der Wirtschaftspflegeempfänger, die eine Senkung von 10 bis 20 Prozent bei den einzelnen Zeitungen bedeuten, vorzunehmen. Ich hoffe, daß Sie aus meinen Ausführungen schließen werden, daß nicht mangelndes soziales Verständnis diesen Beschluß herbeigeführt hat, sondern daß ein anderer Ausweg uns nicht übrig bleibt.

Zu Beginn habe ich darauf hingewiesen, daß der Magistrat allein für die Beschlußfassung zuständig ist; ein Beschluß des Stadtrats wäre also an und für sich ohne Bedeutung. Trotzdem habe ich es für notwendig, daß bei Annahme des vorliegenden Antrages durch den Stadtrat sich der Magistrat erneut mit der Angelegenheit befaßt. Bei der Auswirkung des Beschlusses auf so viele Bevölkerungsteile wäre eine Stellungnahme des Stadtrats gegen den Stadtmagistrat draußen unverständlich und sehr bedenklich.

Ganz eindeutig muß ich aber als verantwortungsbewußter Finanzbeamter auf

die Konsequenzen hinweisen, die eine Rückgängigmachung oder Änderung des Magistratsbeschlusses haben wird. Bei ungenügenden Finanzverhältnissen kann ich den Rückgang von 20 000 RM. Rückgang und schätzungsweise 80 000 RM. Wohnungsteuer nicht verantworten, wenn mir nicht weitere Einnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Die einzige Möglichkeit, diese Mittel, die uns verloren gehen, auf anderem Wege wieder zu erhalten, ist die Erhebung eines weiteren Zuschlages zur Bürgersteuer in Höhe von 100 Prozent des jetzigen Satzes

nach für das laufende Etatsjahr und die Einführung der Getränkesteuer.

Diese beiden Steuern wären aber nötig, nur um den Ausfall an voranschreitenden Einnahmen zu decken. Damit aber habe ich noch keine Möglichkeit, die Unterfertigungen in der alten Höhe in den beiden letzten Monaten dieses Etatsjahres und im nächsten Etatsjahre weiterzuführen. Einnahmen aus der Bürgersteuer 1932 haben uns erst im letzten Monat im Jahre zur Verfügung gestellt. Sie werden, selbst wenn wir an eine Erhöhung der Steuer für 1932 herangehen müßten, für die laufenden Ausgaben des nächsten Jahres erforderlich sein. Der Mehraufwand, wenn die Höhe nicht gekürzt werden, beträgt für die beiden letzten Monate dieses Jahres und für die zwölf Monate des Jahres 1932 mindestens 150—160 000 RM.

Das bedeutet eine Bürgersteuer von weiteren 200 Prozent noch für das Jahr 1931. Wir werden also die jetzt zu zahlende Bürgersteuer auf das Vierfache erhöhen müssen, vielleicht aber noch höher, da zu berücksichtigen ist, daß die Erhöhung einen prozentual bedeutend höheren Ausfall bedingen wird.

400 Prozent Bürgersteuer ist nichts Unbegreifliches. Sie sehen 16 Städte = 25 Prozent von 65 angeführten Städten, erhebt diesen Satz zur Senkung der Wirtschaftspflege in diesen Gemeinden. Die Stadt Oldenburg erhebt 300 Prozent trotz der Wohnungszuschläge.

Meine Damen und Herren! Wer das eine Ziel will: Erhaltung der Unterfertigungsbeträge für die Wohlfahrtsunterstützten, muß auch den Mut zu einem Entschluß finden, die erforderlichen Einnahmen dem Magistrat zur Verfügung zu stellen. Die notwendigen Mittel betragen rund 1/4 Million Reichsmark. Den einzigen Weg, auf dem man m. E. verfahren kann, ist herbeizuführen, habe ich Ihnen gezeigt. Bis-

her habe ich jedoch nicht geglaubt, Ihnen diesen Weg auch empfehlen zu können. Wir wissen nicht, welche Bürgersteuer wir im nächsten Jahre notgedrungen erheben müssen.

Im Augenblick halte ich aber eine Erhöhung der Bürgersteuer für 1931 auf das Vierfache des Landesgesetzes für unangebracht.

Zurecht werden die Zahlungsaufforderungen für die einfache Bürgersteuer ausgestellt; der Forderungszettel für die Wohnungszuschläge, die im einzelnen noch viel härter wirkt, wird nicht lange auf sich warten lassen. In unserer Stadt sind mindestens 70 Prozent Erwerbstätige, die eben erst eine 10—15prozentige Lohn- und Gehaltssteigerung durchgemacht haben. Mehr als 3000 Arbeiter aus den hiesigen Betrieben tragen trotz gekürzter Löhne nur einen Verdienst von 40 Stunden nach Hause. Viele kleine selbständige Existenzen sind ebenfalls in Not. Alle diese Kreise haben aber noch an der Aufbringung der Mittel für die öffentlichen Haushalte teilzunehmen, insbesondere durch die Zahlung der Bürgersteuer und der Wohnungszuschläge. Ich glaube kaum, daß wir uns entschließen können, im Augenblick diese Kreise noch mit neuen Lasten zu belegen. Deshalb habe ich auch nur den Weg für möglich gehalten, den die meisten Städte vor uns gegangen sind, die Wirtschaftspflege, den herabgesetzten Löhnen und schließlich auch den veränderten Preisverhältnissen neu festzulegen. Zweifellos eine harte Maßnahme, beschließen aber nur deshalb, weil uns kein anderer Ausweg blieb.

Der Stadtrat muß entscheiden, ob er diesen Weg für richtig hält oder ob er bereit ist, den anderen Weg, die neue steuerliche Belastung der Bevölkerung zu geben. Eins ohne das andere ist unmöglich.

Erregte Sitzung des Rüstinger Stadtrats.

Zur Strom- und Gaspreisrentung. - Vortragen. - Große Wohlfahrtsdebatte. - Nationalsozialistische Demagogie. - Senkung der Wohlfahrtsrichtsätze, da sonst vierfache Bürgersteuer. - Nationalsozialisten für hohe Bürgersteuer.

vor. Das haben sich die Nazi-Führer sicher nicht träumen lassen, daß der gefürchtete Abend so unmittelbar für sie ausfallen würde, daß sie lebend in ihrem Käfig hängen bleiben würden. Aber es schadet ihnen gar nichts, und sie werden sich schon darauf einrichten müssen, daß ihnen das Schicksal, der politischen Brennpunkt der Stadt, nicht leicht gemacht wird. Welcher Teufel mußte sie denn auch zu einer Sache in aller Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung herbeiführen, deren Tragweite für niemanden besser verstanden wird als von den Arbeitervertretern, die mitten in den Reihen der arbeitenden Volkswellen stehen, deren eigene Sache die Frage ausreichender Fürsorge ist. Es ist schon ein Findelkind, das man in die Arme der Rüstinger Sozialdemokraten, dieses Unbekannten, machen wollen zu wollen. Das ist deren fünfjährige Kommunalpolitik in Rüstingen zu rückwärts, als daß darauf auch nur ein Unterfertigungsbedürfnis, und hätte er selbst das Patentrecht am Kopf, hereinfiel. Es ist ja auch recht bezweifelhaft, daß diesen Versuch ausgerechnet ein Parteimitglied und ein Studententum machen wollen, die aus persönlicher Erfahrung wohl kaum über sozialpolitische Erfordernisse unterrichtet sein dürften.

Was was handelt es sich denn? Seit dem Ende der Geldentwertung sind die Unterfertigungsrichtsätze durch die Möglichkeit der Senkung in Verbindung mit der Wohlfahrtskommission wiederholt den Lebenshaltungskosten angepaßt worden. Das ist immer um eine Erhöhung der Bezüge gekündet, was man ja mit solchen Beschlüssen auch leicht einverstanden. Jetzt, wo es sich das erste Mal darum handelt, die im letzten Lebenskosten anzupassen, ist es nun, die noch in keiner Weise etwas zur Verbesserung der Lebenshaltung der Erwerbslosen beigetragen haben, um sich an diesem Vorgang eine Parteilippe zu fügen. Noch nie bewilligte sie die erforderlichen Einnahmen für die Wohlfahrtspflege, auch jetzt rühren sie keine Hand dafür, sondern stehen ausdrückend ab. Aber die Nazis wären die allerersten, die ihre zwangsweise Einführung aufhalten würden oder auch nur wollten. Vor allem dann nicht, wenn sie, wie es ihr Wunsch ist, im Landtag die Mehrheit bekommen sollten, oder wenn sich, so oder so, Leute ihrer Partei auf den Ministerstühlen breit machen. Dazu ist ihre Bescheid denn doch schon zu offenbar geworden.

Wie machen sie es denn? Das Schema ist doch so oft wiederholt, um nur an einen Unfall zu glauben. In den öffentlichen Vertretungen wurde noch überall alles abgelehnt. Nach der Oldenburg. Gemeinderatsversammlung, der damit die Verantwortung und handlungsfähig. Das wollten die Nazis natürlich bemerkt. Da die Dinge aber nicht einfach stehen bleiben, war die Mühseligkeit gezwungen, einzugreifen. Sie ließe die Ausgaben herab und ordnete die Einführung neuer Steuern an, nach Lage der Sache war das die Bürgersteuer. Und sie konnte in mehreren Fällen ungenügend hoch festgelegt ist, so tragen die Nazis infolge ihres Verhaltens in den Vertretungen die volle Verantwortung. Die Sozialdemokraten überlassen es gerne dem Urteil der Öffentlichkeit, ob die Politik der Nazis für die gesamte Bevölkerung und erst recht für die Arbeiterklasse und alle anderen in mindere begüterten Kreise die bessere ist. Wer sich über die Ergebnisse sozialistischer Gemeindepolitik unterrichten will, der lese aufmerksam das Oberbürgermeisters geführte Rede und vergleiche ihr Resultat mit denen folger Gemeinden, in denen

die Nationalsozialisten am Ruder sitzen. Er wird, wenn er sich dann noch etwas im Lande umguckt, finden, daß es bei den Nazis hohe Bürgersteuer und ungenügende Fürsorge, bei den Sozialdemokraten aber das Gegenteil gibt. Danach mag er dann wählen.

Zeugt es etwa von sozialem Verständnis, so zu wirtschaften, daß der Bevölkerung die vierfache Bürgersteuer auferlegt werden muß? Unterlegt werden muß, die einen so blutigen schlichten Lohn haben, daß sie nicht mehr verdienen als bei der Stadt an Unterfertigungen gekürzt wird! Wären die Nazis doch bei ihren Sozialdemokraten aus Handel, Gewerbe und Industrie, mögen sie doch bei ihren Generalen, Bringen und Großgrundbesitzern für bessere Löhne einzutreten, mögen sie doch die Landwirte voranstellen, in den Landgemeinden für bessere Fürsorge einzutreten, damit die Dorfärmer nicht nach Rüstingen kommen, um hier an den höheren Unterfertigungen teilnehmen. Aber die Nazisbauer werden ihnen sonst etwas tun, und die Rüstinger Arbeiter werden auch tun, sich nur auf sich selbst zu verlassen und Flug und überlegen ihre Angelegenheiten zu ordnen.

Besor aber die Nationalsozialisten Gelegenheit fanden, durch ihr Tun und Handeln für eine neue gewalttätige Erschöpfung der Volksmassen einzutreten, verurteilte ich sie. Wer der Stadtrat wieder einmal mit Gasföhlen einzuweisen. Diesmal hat er seinen großmächtigen Freunden sogar das Drohen abgelehnt. Ein Ultimatum stellte er den Vertretern in den Gas- und Elektrizitätswerken. In acht Tagen sollten sie eine von ihm gestellte Frage beantworten. Ob dann ihre Köpfe rollen werden, oder ob nur wieder eine der üblichen Entschuldigungen einlaufen wird, blieb natürlich Weisers Geheimnis. Daß man ihn überhaupt Weisers Antwort würdige, war wohl die einzige passende Antwort.

Die Tagesordnung der Sitzung wird wie folgt erledigt: Nach Zustimmung zu einer Grundstücks-Genossenschaft am Kanal werden als neue Mitglieder des Parteivorstandes die Herren Rentner A. Lantz, Landwirt W. Hegen und Landwirt S. Janßen gewählt.

Die Miet- und Pachtverhältnisse.

Die Vorlage des Magistrats lautet: 1. Auf Grund der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 haben wir die Mieten für Wohnungen und Geschäftsräume in alten Häusern am 1. Januar 1932 um 10 v. H. der Friedensmiete senken müssen. Auf Vorschlag der Grundbesitzkommission sind die Mieten in Neubauten und die nach 1918 eingetragenen Wohnungen ebenso behandelt, nämlich auch um 10 v. H. der angenommenen Friedensmiete vermindert. Diese Maßnahme ergibt für den Rest des laufenden Rechnungsjahres eine Mindereinnahme von RM. 477 von 2488,1 RM. Bei anderen Forderungen von 55,50 RM. und 2488,1 RM. für 1932/33 ist also mit einer Mindereinnahme von 10 175 RM. gegenüber dem Anfall von 1931/32 zu rechnen.

2. Bei den landwirtschaftlich genutzten Grundstücken hat die Landwirtschaftliche Kommission infolge der außerordentlich hohen gestiegenen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im allgemeinen eine Ermäßigung der Pachten für Landstellen um 20 v. H. und für Stüddereien um 30 v. H. vorgenommen. Diese Pachtermäßigung ergibt für

das Rechnungsjahr 1931/32 eine Mindereinnahme für die Landstellen von 5382,53 RM. für Stüddereien 1901,67 RM., zusammen 7284,20 RM. Hierbei ist zu bemerken, daß bei den Landstellen eine einseitige Ermäßigung mit den Pächtern noch nicht erfolgt ist, es bedarf hier um Schluß des Pachjahres noch weiterer Verhandlung.

3. Um der allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerung zu entsprechen, ist beschloffen, auch die für die öffentlichen Kleingärten zu zahlende Pacht für 1932 durchschnittlich um 10 v. H. zu heben und zwar sind die Pachten für die Grundstücke nördlich der Bismardstraße von 3 Pf. Quadratmeter Nutzungsfäche auf 2,7 Pf. (bzw. von 2,7 Pf. Katasterfläche auf 2,4 Pf.) und für Gelände südlich der Bismardstraße von 2,5 Pf. Quadratmeter Nutzungsfäche auf 2,3 Pf. (bzw. von 2,5 Pf. Katasterfläche auf 2,1 Pf.) herabgesetzt. Diese Ermäßigung wirkt sich im Rechnungsjahr 1931/32 nicht mehr aus; für 1932/33 ergibt sich bei insgesamt 11 076 RM. Pachten eine Mindereinnahme von reichlich 1100 RM.

Der Stadtrat wird gebeten, Kenntnis zu nehmen und, soweit erforderlich, sein Zustimmung zu geben und die endgültige Festlegung der Pachtentlopfen der Befähigung der landwirtschaftlichen Kommission und des Magistrats zu überlassen.

Überbegermeister Dr. Passrath erläutert noch kurz die Vorlage. — St.-M. Eils (Rom.) bringt sein Schauen darüber zum Ausdruck, daß die in der Vorlage enthaltenen Senkungen nicht das Maß dessen erreichten, was die „kleinen Leute“ an Einkommenseinbußen erlitten hätten. Er wünscht eine weitgehende Senkung. — St.-M. Howe (Beamten-Vert.) glaubt, daß bei verschiedenen Landbesitzern die in sich schon hohen Pachten nicht gekürzt werden. Er wünscht einen beträchtlichen Druck dagegen. — Ratsherr W. Müller widerspricht dem Vorrede. Der Vorlage wird zugestimmt.

Der Strom- und Gaspreis.

Die Gesellschaftsverammlung der Gas- und Elektrizitätswerke G. m. b. H. hat sich in der Sitzung am 7. Januar eingehend mit der Herabsetzung der Preise für Gas und Strom beschäftigt und dabei den Sinne nach folgenden in der Öffentlichkeit schon bekannten Beschluß gefaßt: „Der Preis für 1 Kubikmeter Gas wird von 20 auf 18 Pf. gekürzt in der Weise, daß die bisher den Werken zuteilenden 19 Pf. um 1 1/2 Pf. auf 17 1/2 Pf. der Preiszuschlag der Städte von 1 Pf. auf 1/2 Pf. herabgesetzt wird. Der Preis für 1 Kilowatt Strom wird von 50 auf 45 Pf. gekürzt in der Weise, daß die bisher den Werken zuteilenden 48 Pf. um 4 Pf. auf 44 Pf. und der Preiszuschlag der Städte von 2 auf 1 Pf. herabgesetzt wird.“

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß auf Grund des Gesellschaftsvertrages grundsätzlich der Gaspreis und der Preis des Strompreises auf dem Einkaufspreis des Werkes aufgebaut ist und daß vertraglich nur eine Herabsetzung möglich ist unter Zugrundelegung der Senkung dieser letzteren Preise. Weiter ist allerdings eine Senkung oder Erhöhung der Gas- und Strompreise möglich, wenn die tatsächlichen und persönlichen Kosten sich ändern. Eine Änderung der Preise über die vertragliche Bestimmung hinaus bedeutet eine Änderung des Gesellschaftsvertrages, so der die Zustimmung

einer 2/3-Mehrheit der Gesellschafter erforderlich ist. Bei der Beschlußfassung über die jetzige Preisrentung wurde ausdrücklich festgestellt, daß diese Herabsetzung keine Änderung der vertraglichen Preise bedeutet, sondern lediglich erfolgt, um der augenblicklichen Wirtschaftslage und den allgemeinen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Die auf Grund der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 gemachten Erparnisse sind sehr gering. Die Gehälter und Löhne sind entsprechend den Senkungen bei der öffentlichen Dienstleistungen herabgesetzt. Die öffentliche Leistung im Rüstinggebiet ist jedoch sehr minimal, andererseits muß das Werk erhöhte Umsatzeinzahlen und hat erhebliche Aufwände beim Rotverkauf. Die Erparnisse belaufen sich nach Angabe des Werkes nur auf rund 11 000 Reichsmark. Mit einem solchen Betrag wäre nur eine Senkung um den Bruchteil eines Pfennigs möglich gewesen. Diese Feststellungen des Werkes stimmen überein mit dem Bericht des Deutschen Städtebundes und sonstigen Äußerungen von Gas- und Stromfachleuten. In der Gesellschaftsversammlung bestand Einmütigkeit, daß über diese Erparnisse hinaus eine Senkung unbedingt erforderlich sei, um den gestürzten Löhnen und Gehältern und den allgemeinen Preisverhältnissen wenigstens zum Teil Rechnung zu tragen. Erforderlich war deshalb, ein Einverständnis der drei Vertreter der Gesellschaft Stadt Rüstingen, Stadt Wismar und der Rüstinger Gemeindegemeinschaft herbeizuführen. Das Ergebnis der sehr eingehenden Verhandlung ist der oben wiedergegebene Beschluß.

Die Senkung wirkt sich — unter der Annahme, daß der bisherige Verbrauch nicht zurückgeht, finanziell wie folgt aus:

a) für das Werk: 4 Pf. Strom = 4 mal 19 000 = 76 000 RM., 1 1/2 Pf. Gas = 1 1/2 mal 38 000 = 57 000 RM., zusammen 133 000 RM.

Jeder Gesellschafter hat danach einen Verlust von 43 333 RM. zu tragen.

b) die Verringerung der Finanzzuschläge um 50 Proz. bringt: 1. für Wismar: eine Mindereinnahme von 16 000 Reichsmark, 2. für Rüstingen: eine Mindereinnahme von 18 000 RM. Die Gesamtmindereinnahme für die Stadt Rüstingen beträgt also 61 333 RM.

Das Werk (also die drei Gesellschafter) hat aber weitere Einbußen durch die im November eingetretene Senkung des Kleinfachstrompreises und die Herabsetzung der Sperrzeit. Hierdurch entfiel für das Werk selbst ein weiterer Ausfall von rund 38 000 RM. Diesen Minus-einnahmen stehen die oben angeführten Erparnisse auf Grund der Rotverordnung gegenüber.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß eine weitere Strompreisermäßigung zu erhalten, sowie auch eine weitere Senkung des Gaspreises zu erzielen. Der Ausfall für unsere Städte ist sehr erheblich. Den Vertretern der Gesellschaften ist eine Senkung der Preise unbedingt erforderlich, da sonst bei den geminderten Einkommensverhältnissen aller Bevölkerungsteile sicherlich noch ein weiteres Zurückgehen der Wirtschaft und damit auch des Gewinnes für die Gesellschafter eintreten würde. Der Stadtrat wird gebeten, von dieser Kenntnis der Preise Kenntnis zu nehmen und

seine Zustimmung zu erteilen, soweit eine Befreiung des Preiszuflusses der Städte erfolgt ist.

Die Ausbreitung.

Oberbürgermeister Dr. Raffrath erklärt die Vorlage näher und weist dabei auf die bekannten Schwierigkeiten hin, die seinerzeit durch die erste Bekanntmachung der Gas- und Elektrizitätswerke entstanden. Er hebt ferner den hohen Einnahmeausfall für die Stadt hervor, der noch größer gewesen wäre, wenn die Stadt auf ihren Finanzzufluss ganz verzichtet hätte. — St.-M. Meyer (Katholik) wünscht ebenfalls an die „Mehrerbrände-Bekanntmachung“ an und kritisiert, daß damals nur die Wohlfahrtskosten als Grund für die hohen Preise angegeben worden seien. Auf die sonstigen „Vorgänge“ in der Sparkasse, bei der „Bühnen“ usw. sei nicht hingewiesen worden. Der Redner stellt dar, daß nach seiner Berechnung die Gas- und Elektrizitätswerke billiger arbeiten könnten, als beim Kohleneinkauf, als heute angegeben werde. Auch seien die Unkosten bei dem Werk für Betrieb und Verwaltung zu hoch. Ferner beanstandet er das Gehalt des hiesigen Gaswerksdirektors C., das angeblich ungewöhnlich hoch sei, dessen genaue Höhe man aber nie erfahren konnte. Ebenso sei es sonderbar, daß man kein statistisches Material über die hiesigen Gas- und Elektrizitätswerke bekommen konnte und deswegen mehr. Weniger trägt vor, was Wilhelmshaven und Kitzingen aus den Werken bekommen hätten. Eine klare Einsicht in den Vertrag zwischen Werk und Städten bzw. in die Bilanzen sei nicht zu bekommen. Den Städten sei aber ein ungeheurer Gewinn vorzuziehen worden. Er fragt die Vertreter der Stadt in der Gesellschaft, ob sie innerhalb der letzten Monate keine Auskünfte zu geben, ob sie für eine Minderung der Goldbilanz von 1924 zu eintreten wollten, daß die Städte zu dem ihnen nach seiner Meinung entgangenen Millionengewinn kämen. — St.-M. Jöblich (Katholik) führt zunächst Klage über die Motorverordnungen und unterstreicht dann die Ausführungen seines Fraktionskollegen Meyer. Er erklärt, Kitzingen gegen die Rinde, die nicht mit für die völlige Ausführung der Gaswerksangelegenheit Sorge. — St.-M. Eilts nennt die Art der indirekten Steuererhebung auf Grund von Finanzauflagen auf Gas und Strom unbillig und hält im Verlauf seiner Ausführungen den Nationalsozialistischen Widerstand zu ihrer Partei.

Politik vor. — St.-M. Dr. A. Hühorn (Katholik) tritt gegen den Vorschlag auf und kritisiert, daß der größte Teil der Werksentnahmen in die Kapitalisten in der Thüringer Gasgesellschaft gehe. — St.-M. Meyer spricht ebenfalls gegen Eilts. — Ratsherr Kronsbein verteidigt auf Ausführungen von St.-M. Eilts die nationalsozialistische Landtagspolitik. — St.-M. Eilts bleibt leichert Redner die Antwort nicht schuldig. Er spricht ferner St.-M. Meyer und Ratsherr Kronsbein, und da letzterer angibt, die Nationalsozialisten hätten im Oldenburger Landtag keine Mehrheit für ihre Anträge gegen die weitere „Veränderung“ kleiner Elektrizitätswerke, hebt Ratsherr Kronsbein hier gegenüber hervor, es wäre beinahe zu wünschen, daß die NSDAP eine absolute Landtagsmehrheit bekäme, damit sie sich einmal gegen die Prinzipien beim Vertragsgerechten vernehmen könnten.

Vorsitzender Rietz stellt abschließend die Zustimmung des Stadtrats zur Vorlage fest. — **Uniformisierung der Feuerwehren.** Der Bestand der freiwilligen Feuerwehren an brauchbaren Uniformen ist so gering, daß es Schwierigkeiten macht, neu eintretende Beurlaubte einzustellen. Die vorhandenen Uniformen stammen aus den Jahren 1900 bis 1906. Bei der starken Inanspruchnahme der alten Sachen sind diese kaum noch reparaturfähig. Da die Feuerwehr außer dem öffentlichen auch die Wachen der Schutzwachmannschaften, Maskenbälle und Märkte übernimmt, muß auch das Feuer der Mannschaften diesen öffentlichen Veranstaltungen angepasst sein. Es ist deshalb erstmalig seit 30 Jahren 45 Mann mit der Einheitsuniform des oldenburgischen Feuerwehrverbandes ausgestattet werden. Die Kosten betragen 980 RM, wovon die Brandkasse 30 Prozent = 297 RM übernimmt. Für die Stadt müssen noch 700 RM zu übernehmen. Mit Rücksicht darauf, daß die Brandkasse 30 Prozent der Kosten übernehmen will und nicht feststeht, ob dies zu einer späteren Zeit auch noch der Fall sein wird, hat der Stadtmagistrat der Umfassung zugestimmt. Ebenso stimmt der Stadtrat der Uniformbeschaffung zu.

Die Daurvorlage.

Die Vorlage zur Bauzeitung befaßt das folgende: Die Gasfach (Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft) für Angestellten-Beimfahrten, Berlin) beschäftigt in Fortsetzung der Wohnungsbauten der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Schaffung von Wohngelegenheiten für Reichsangehörige, Berlin, an der Ostseite der verlängerten Heinrichstraße einen Wohnblock mit 30 dreizehnzügigen Wohnungen zu errichten. Sie hat dafür um in die in die Gasfach Daurvorlage und um Bürgerrechtsübernahme für eine zweite Hypothek gebeten. Ein derartiger Bau ist in der heutigen Wirtschaftslage außerordentlich zu begrüßen, da auf dem vollständig niedrigerliegenden Bauplatz wenigstens etwas Arbeit geschaffen wird und die Möglichkeit besteht, wieder einige Wohlfahrts-erwerbslose zu beschäftigen. Der Stadtmagistrat hat daher beschlossen, zur Förderung dieses Baues ein Darlehen von 30.000 RM aus den nicht verwandten Mitteln des außerordentlichen Teils 1930/31 zu gewähren zu einem Zinssatz von 3,67 v. H. und einer jährlichen Tilgung von 1 v. H. der Gesamtsumme erparter Zinsen. Das Darlehen soll binglich rückbezahlt werden; es gehen somit Belastungen im Jahre vor, daß es mit 90 v. H. der Gesamtbelastungsschulden abfindet. Außerdem gehen die Belastungen in Erdbau- und Straßenbau vor. Für eine zweite Hypothek von 43.000 RM soll der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, gegen-

über die Selbstschuldnerische Bürgschaft bis zur Tilgung übernommen werden, auch für etwaigen Wechsel in der Person des Schuldners. — Der Stadtrat wird gebeten, das Baubare unter den genannten Bedingungen zu bewilligen und die Übernahme der Bürgschaft zu beschließen.

In dieser Vorlage war von St.-M. Ebersbach die folgende Willensäußerung zur Annahme vorgeschlagen worden:

„Der Stadtrat bittet den Magistrat, daß er zu prüfen, daß bei den Bauten der Gasfach die zur Vergabe kommenden Arbeiten und Lieferungen durch hiesige Handwerker und Gewerbetreibende ausgeführt werden und daß für die Planung und Bauführung hiesige Architekten nach Möglichkeit herangezogen werden.“

Die Ausbreitung.

Der Oberbürgermeister erläutert die Vorlage und weist darauf hin, daß die Finanzierung noch nicht völlig sichergestellt sei. Die Stadt sei in der Lage, den gewöhnlichen Zuschuß zu geben, zumal örtliche Genossenschaften für die Summe nicht bauen könnten. Es sei mit der Gesellschaft vereinbart worden, daß die Ziegelsteine von den hiesigen Ziegeln und Lehmziegeln, so daß eine Barauszahlung nicht in Frage komme. Ferner sei abgemacht, daß den Bauern ortsanständige Unternehmer zu beschäftigen und 50 Prozent Wohlfahrts-erwerbslose zu beschäftigen. Größere Verpflichtungen könne man von der Gasfach nicht verlangen.

St.-M. Dood (Soz.) begrüßt es, daß die Bauten ausgeführt würden und daß der Magistrat sich nicht an die angegebenen Bedingungen halte. Es sei zu wünschen, daß die ganze Baueinstellung am Orte erfolge. — St.-M. Ebersbach (Katholik, Fromt) spricht für die Annahme seiner Entschließung und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß auch die privaten Ziegelmänner mit Aufträgen berücksichtigt würden. — Weiter sprechen hierzu Stadtratssprecher Rietz, St.-M. Jöblich und St.-M. Meyer.

Der Vorsitzende stellt die Zustimmung des Stadtrats zur Vorlage wie zur Willensäußerung fest.

Weitere Preisentfaltungen.

Die Betriebskommission hat, wie in der Öffentlichkeit ebenfalls schon mitgeteilt, beschlossen, mit Wirkung vom 1. Februar d. J. die dem Omnibusbetrieb folgende Preisentfaltungen vorzunehmen: 1. Bei den Eingangs- und Abgangsleistungen von 1,70 RM, auf 1,50 RM, 2. bei den Wochentaxen von 1,65 RM, auf 1,50 RM, 3. bei den Umsteigegeldern von 40 Pf., auf 37 Pf. — Ferner hat die Betriebskommission beschlossen, die Gebühr für die Willkühlfahrt von 70 Pf. je Reisel auf 62 Pf. herabzusetzen. Der Stadtrat wird gebeten, von den Preisentfaltungen Kenntnis zu nehmen und, soweit erforderlich, ihnen zuzustimmen.

Auf die Ermäßigung des Wasserpreises soll bei den Voranmeldungsleistungen zurückgegriffen werden. Verhandlungen mit der Straßenbahn über die Herabsetzung des Straßenbahnpreises werden noch.

In der Ausbreitung nimmt nur St.-M. Ebersbach das Wort, der für die Entfaltung des Wasserpreises eintritt und einen diesbezüglichen Antrag für die nächste Sitzung einbringt. — Die Vorlage wird zum Abschluß gebracht.

Um die Wanderlagerfeuer.

Die Wanderlager, d. h. Unternehmungen, bei welchen außerhalb des Wohnortes des Unternehmers ohne Begleitung einer baulichen gewerblichen Niederlassung von einer festen Verkaufsstätte aus vorübergehend Waren feilgeboten werden, unterliegen neben der Wander-gemeinschaft für jeden Ort des Betriebes einer besonderen Gemeindeabgabe, und zwar der Wanderlagersteuer. Auf Grund des in der letzten Stadtratssitzung eingebrachten Erhebungsantrags ist folgendes festgestellt worden:

Die Wanderlagersteuer ist für den Land-darstellung Oldenburg im letzten Jahr durch Gesetz vom 12. April 1930 und beträgt zurzeit a) im Falle des Verkaufs aus freier Hand für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebs in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern 80 RM, in Gemeinden mit 5000 bis 10.000 Einwohnern 120 RM, in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern 150 RM. Die Abgabe erhöht sich für jede weitere im Betrieb tätige Person um den gleichen Betrag, für einen nur mechanische Dienstleistungen verrichtenden Gehilfen um je den halben Betrag; b) im Falle des Selbstbezugs im Wege der Versteigerung für jeden Tag 100 RM. Ein Zuschlag von 25 v. H. besteht nicht.

In Preußen beträgt die Steuer für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebs in Orten mit mehr als 100.000 Einwohnern 60 Reichsmark, in Orten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern 50 RM, in Orten mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern 40 RM, in Orten bis zu 10.000 Einwohnern 30 RM, sofern der Betrieb von einer Person versehen wird. Die Steuer erhöht sich für jede weitere im Betrieb tätige Person um den gleichen Betrag, für einen nur mechanische Dienstleistungen verrichtenden Gehilfen um den halben Betrag. Für die Wanderlagersteuer wird dieselbe Steuer für den Land erhoben. Die Gemeinden sind in Preußen berechtigt, zu den oben angegebenen steuerfähigen Zuschläge zu erheben. Die Stadt Wilhelmshaven erhebt zurzeit einen Zuschlag von 500 v. H. Die Steuer beträgt sich hiernach zurzeit in einem einfachen Wanderlagerfall a) in Kitzingen auf 150 RM, pro Woche, b) in Wilhelmshaven auf 240 RM, pro Woche.

Der Magistrat ist, so lag er am Schluß der Vorlage, der Auffassung, daß mit Rücksicht darauf, daß für den Landesrat Oldenburg die Höhe erst im April 1930 geändert wird, eine weitere Herabsetzung nicht notwendig ist. Eine Beschließung des Stadtrats ergibt nicht am Platze.

Die Ausbreitung.

Nach erläuternden Ausführungen des Oberbürgermeisters, der einen Erhebungsantrag

nur durch den Landtag für zweckmäßig erachtet, plädiert St.-M. Jöblich dahin, der Magistrat müsse bei den Landesinstanzen vorstellig werden. Da am Orte offenbar eine Unlust vorhanden sei, so werde die nationalsozialistische Fraktion weitere Schritte unternehmen. — St.-M. Dood stellt dem Vorredner entgegen, daß die nationalsozialistischen Größen im Landtag für Änderung zu sorgen. Ganz so schlimm, wie Herr Jöblich den Zustand der Wanderlager nach Kitzingen darstellt, sei es nicht. Die sozialdemokratische Fraktion könne für die Annahme des Antrages im Stadtrat nicht stimmen. — St.-M. Ebersbach wünscht eine Beeinflussung der Regierung in Oldenburg durch den Stadtmagistrat. — Weiter äußern sich St.-M. Eilts und Ratsherr Kronsbein (der die Entgegung Herrn Ebersbach für bedenklich hält, daß einmal die Regierung sich auf Einmahnungen begeben könne, daß bei hohen Steuern Wanderlager überhaupt nicht mehr errichtet würden und da ferner auch der „legale“ Handel nach zu hohe Preise habe). Zum Schluß spricht St.-M. Feder (Katholik).

Da ein bestimmter Antrag nicht vorliegt, wird die Vorlage im Sinne des Magistrats verabschiedet.

Die Wohlfahrtsdebatte.

Zur Beratung gelangt nun der Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion, die Durchführung der Wohlfahrts-erwerbslosenbegünstigung. Die Beratung leitet

Oberbürgermeister Dr. Raffrath mit grundsätzlichen Darlegungen über die Kitzinger Wohlfahrtspolitik ein.

Wir bringen die Ausführungen gelobert an anderer Stelle.

Die Ausbreitung.

St.-M. Jöblich spricht sich für die nationalsozialistische Politik aus, die durch die Wohlfahrts-erwerbslosenbegünstigung der Regierung kämen. Wenn auch durch die letzte Motorverordnung niemand verschont worden wäre, so sei es doch nicht angebracht, dem Heer der ausgebeuteten Arbeitslosen und ihren Kindern ihr Einkommen zu fügen. In Wäbe wäre in der Stadtkasse ja doch nichts mehr da.

St.-M. Eilts legt für die beiden Kommunisten, daß die Angaben des Oberbürgermeisters hinsichtlich der zurückgegangenen Lebenshaltungskosten nicht ganz zuträfen. Kein Arbeitervertreter könne dafür stimmen, daß den Vermittlern der Armen, die heute schon dahingeleiteten, die Unterhaltungskosten gestützt werden. Für die Unterhaltungskosten der Armenpolitik ließen die Kommunisten nicht verantwortlich. Den Nationalsozialisten müsse er legen, daß gerade bei ja überall da, wo sie die Mehrheit hätten, den Bedürftigen die Unterhaltungskosten gestützt hätten. (Ratsherr Kronsbein fordert Beweise.) Was die Nationalsozialisten hinsichtlich der Sozialpolitik nicht richtig. In Wilhelmshaven hätten die Nationalsozialisten sich ja auch mit der schon einen Monat währenden Kürzung abgefunden. In Kitzingen erlaube man sich angedacht des anderen Mehrheitsergebnisses aber eine Extragabe, während die Nationalsozialisten bei einer Mehrheit für 12 bestimmt abgelehnt abgelehnt würden. (Protest auf der Rechten.)

St.-M. Dood hebt für die sozialdemokratische Fraktion hervor, daß die innere Einstellung der Nationalsozialisten anders sei, als man es mit dem Antrage davor wolle. Auf dem Grunde, wo die Nationalsozialisten die Arbeiter nicht kümmern, sich nicht um die Erwerbslosen. Mit solchen schädlichen Anträgen könne man nicht kommen. Die sozialdemokratische Fraktion lehne es ab, mit vierfachen Bürgerfeuern die allgemeine Not zu lindern. Wo von die Unterhaltung gezahlt werden sollten, hätte kein Vordrängen gelassen. Wäre aber die Arbeitsbeschäftigung einbreiten, dann würde die Unterhaltungskosten von 15 bis 20 Prozent. Den demagogischen Agitationsantrag der Nationalsozialisten lehne die sozialdemokratische Fraktion ab. Es sei schamlos und heuchelhaft, hier groß aufzutreten, während man von nationalsozialistischen Fraktionen in Wilhelmshaven nichts höre. Der Redner ist an Hand von Zahlen den Reichsamt, daß die gesamten Kitzinger Fälle im Durchschnitt höher seien, als die Wilhelmshavener. Die Sozialdemokratie sei nicht schuld daran, daß die Zeitverhältnisse schlechter geworden seien.

Vorsitzender Rietz weist den von St.-M. Dood gebrauchten Ausdruck „schamlos“ zurück. St.-M. Dr. A. Hühorn polemisiert gegen St.-M. Dood und meint, es bestehe kein Zweifel, daß die heutigen schlechten Verhältnisse von den Tributen und den Marxisten herrühren. Er (Hühorn) habe keine Veranlassung, in diesem Hause mit dem niedrigen Niveau mit den Herren Dood und Eilts, die von wirtschaftlichen Dingen keine Ahnung hätten. (Seufzer), weiter zu diskutieren. Er sei vielmehr angebracht, nur 10 Prozent von den Reichsämtern zu fügen! (Aha-Rufe.) Wenn die Arbeitsbeschäftigung einbreiten, werde man etwas anderes.

St.-M. Jöblich hält eine Rede, nach der die Sozialdemokratie gemäß ihrer ganzen Einstellung für den Antrag stimmen müsse.

St.-M. Eilts legt darauf Dr. A. Hühorn eine Wertung auf die Arbeitsbeschäftigung im Dritten Reich zu. Man wolle wohl die Rücksicht nicht fassen, um bei der Arbeitsbeschäftigung noch nicht völlig ausgemergelte Menschen zu haben. Wenn St.-M. Dood, mit seinen ganzen Ausführungen er (Eilts) nicht einig sei, lagte, es sei schamlos, solche demagogischen Reden zu stellen, so könne er nicht unterbreiten. Wenn Herr Dr. A. Hühorn nicht wisse, daß der Krieg die Ursache unseres Lebens sei, dann solle er anderen Leuten nicht vorwerfen, sie verständen nichts von der Wirtschaft.

Als Stadtratssprecher Rietz nun auch St.-M. Eilts für den Ausdruck „schamlos“ rügt, widerlegt dieser. Rietz behauptet, was Herr Dr. A. Hühorn durch Gegenüberstellungen machen wolle, was Herr Dr. A. Hühorn sagte, nämlich der Stadtrat liege auf einem tiefen Niveau. Gerade Herr Dr. A. Hühorn habe am wenigsten Ursache, solche Ausdrücke zu gebrauchen.

St.-M. Heise hebt hervor, daß die Gefahr der Bürgerfeuern der Gefahr der Nationalsozialistischen Gegenwehr der Nationalsozialisten zu den sozialen Einrichtungen (Schulhaus, politische NSDAP) ist es sonderbar, daß sie sich hier hinstellen, als hätten sie ein besonderes Herz für die Arbeitslosen. Es sei heuchelhaft, was man hier treibe. Herr Eilts habe vollkommen recht, wenn er auf die Arbeitsbeschäftigung verweise. Es sei nichts als Lohnraub, mit der Arbeitsbeschäftigung die Wirtschaft anzuheben. Die Sozialdemokratie lehne es ab, die Mehrheit der Bevölkerung mit Maßnahmen zu belästigen, die untragbar seien. — St.-M. Dood weist einige Anpassungen der Nationalsozialisten zurück. — St.-M. Dr. A. Hühorn tritt gegen seine beiden Vordränger auf und verurteilt, seine Fraktion und Partei von den Klagen reinzuwaschen. Ebenso verurteilt er St.-M. Eilts gegenüber die Arbeitsbeschäftigung der Nationalsozialisten zu verurteilen. Es kommt zu einem erregten Wortwechsel, als Dr. A. Hühorn behauptet, es sei von den Sozialdemokraten als schamlos bezeichnet worden, daß sie den Erwerbslosen helfen wollten.

Ratsherr Kronsbein, der diese Verdringung als politische Brandstiftung gegen A. Hühorn, denn der Ausdruck „schamlos“ ist gefallen bei einer Kenneigung der anderen inneren Einstellung der Nationalsozialisten. Der Redner weist dann die Unwahrscheinlichkeit der nationalsozialistischen Behauptung nach, wonach die Tribunale und der immer häufiger angewandte Begriff „Marxismus“ die Schuld am Zusammenbruch der Wirtschaft hätten. Man möchte fast wünschen, daß Adolf Hitler einmal in Deutschland regieren könne; er würde innerhalb 48 Stunden ein Ultimatum auf den Tisch haben und daraufhin zu Kitzingen Kitzingen Hitler sei nicht mehr als ein Sammelmann, der gerne einmal die Regierung überlassen würde. Tatsächlich ist gewiß eine Preisentziffer zu vergleichen. Gekommen ist ihm (Redner) im Kreise Norden dabei worden, wie man dort unter nationalsozialistischer Führung die kümmerlichen Wohlfahrtsleistungen fürzie. Ihr heutiger Antrag ist seine Zeit; er habe nichts zu tun.

St.-M. Brüggemann stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Dagegen spricht St.-M. Eilts. Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen. St.-M. A. Hühorn protestiert gegen den Beschluß; er habe sich zu Wort gemeldet. Er wird angeklagt und vom Vorsitzenden zum Schluß gebracht.

Die Abstimmung.

Vorsitzender Rietz ernennt, bei der Beschlußfassung daran zu denken, daß bei einer Annahme des nationalsozialistischen Antrages die Mittel durch die empfindliche Erhöhung der Bürgerfeuern wieder hereinmüßigen. Wer für einen Antrag stimmen, wolle die vierfache Bürgerfeuern.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten. Dagegen stimmen die zwei Kommunisten und nur ein Teil der Nationalsozialisten. (Zuruf von Eilts: „Sie stimmen nicht mal für den eigenen Antrag!“)

Damit schließt die öffentliche Sitzung nach viereinhalbstündiger Dauer gegen 9 Uhr abends. Der Stadtrat beriet vertraulich weiter.

Die Nazis und der Rundfunk.

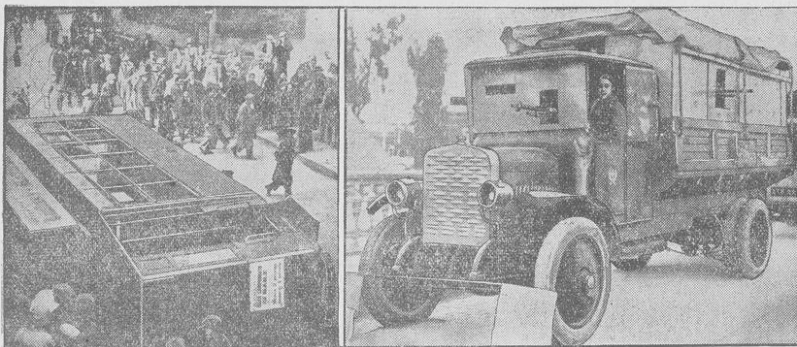
Man muß sich wundern, daß die Nationalsozialisten nicht schon viel früher auf die Idee kommen, den Rundfunk zu „erobern“. Erst seit einiger Zeit hat sie mit dieser Absicht in die Öffentlichkeit getreten. Die bis zum vorigen Jahr geübte Zurückhaltung ist jedoch erklärlich; zur Mitarbeit im Rundfunk sind nämlich ganz kräftige Kräfte notwendig und in diesem Zusammenhangs der Nationalsozialisten gewaltig. Es scheint auch, als ob man sich über die eigene geistige Unzulänglichkeit bei den Nazis nicht im klaren war. Deshalb wird eine „Massenbewegung“ organisiert, deren Ziel, das darin besteht, durch offene Briefe in der Presse über den „roten Rundfunk“ zu schreiben. Eigene politische Äußerungen oder andere Meinungen über den Rundfunk sind im Allgemeinen verboten. Man hat sich aber gerade in diesem Zusammenhangs der Nazis eine eigene Meinung gebildet. Der ganze Rundfunk ist marxistisch, vom Rundfunkminister angefangen bis zum letzten Empfangsbeamten der Sendergesellschaften.

Dabei sollte es sich allmählich auch bei den Nationalsozialisten herumgesprochen haben, daß es im deutschen Rundfunk nicht einen einzigen freien, unabhängigen Sendenden gibt. Der Sozialist wäre. Für den Rundfunk der deutschen Republik eigentlich eine dämliche Sache, aber es ist leider so! Auch vom „marxistischen“ Rundfunk hat die sozialistische Partei bisher nichts gemerkt. Im Gegenteil hat sie immer wieder von neuem Angriffe schärfer Kritik an den Rundfunkdarbietungen zu üben, weil sie den kulturellen Bedürfnissen der Arbeiterchaft in keiner Weise Rechnung tragen. Die sozialistische Arbeiterchaft ist aber bei aller Kritik am Rundfunkprogramm in der Lage, politisch mitzuarbeiten. Sie hat immer noch einen entscheidenden Anteil an kulturellen und politischen Angelegenheiten. Sie kann auf Grund einer jahrzehntelangen Erziehungsarbeit mit bedeutenden kulturellen Leistungen aufwarten, an denen auch der Rundfunk nicht achtlos vorbeigehen kann.

Wo haben aber die Nationalsozialisten etwas Gleiches aufzuweisen? Ihr wüßtes es, welche Kräfte im deutschen Rundfunk geistige Kräfte nicht hinunterdrücken. Auch das gloriöse Programm, das für den Rundfunk, „Schadenkämpfer“ für den „Rundfunk im Dritten Reich“ verdrängt hat, ist wert, daß es aufzufordern Mittel nicht vorzuziehen bleibt. Danach wird der „nationalsozialistische Rundfunk“ dem heutigen Rundfunkprogramm entgegensteht, der ebenbürtigen Hörerkräfte großer SA-Aufmärsche, Neben des Führers usw. Dieses „um“ ist bezeichnend! Man hat eben einfach nichts! Und mit dieser geistigen Dede, mit diesem inhaltlosen Programm nimmt man den Kampf gegen den Rundfunk auf.

~ Bilder vom Tage ~

Spanien kommt nicht zur Ruhe.



Links: Ein von den Aufständischen umgeworfener Straßenbahnwagen auf dem Micaletplatz in Valencia. — Rechts: Ein Panzerwagen der Regierungstruppen in den Straßen von Sevilla.

Das ist „Miß Germany 1932“.



Ruth Behnen, eine 19jährige junge Dame aus Freiburg i. Br., wurde jetzt in Berlin von einem aus prominenten Künstlern bestehenden Komitee zur „Miß Germany 1932“ gewählt.

Grüne Woche in Berlin.



Bilder von der Eröffnungsfester in der Hauptausstellungshalle. — Oben: Die Reihe der Ehrengäste, von rechts nach links: Reichsbanddirektor Luther nebst Gattin, Berlins Oberbürgermeister Dr. Sahm, Preussens Landwirtschaftsminister Dr. Steiger, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele und Reichswehrminister Groener. — Bild in die Haupthalle während der Festansprachen. Im Hintergrund neuartige Holzbauten für Siedlungszwecke.

Pius XI.



Pius XI

(Unter dem Bilde der Namenszug des Papstes.) — Am 6. Februar sind zehn Jahre vergangen, seitdem Kardinal Achille Ratti vom Konklave zum Oberhaupt der Heiligen Römischen Kirche gewählt wurde und als Pius XI. den Stuhl Petri bestieg.

Der Prozeß gegen die Berliner Devisen-Schieber hat begonnen.



Bild in den Gerichtssaal: Die Angeklagten Dr. Guthers (1), Barlag (2) und Oppenheimer mit ihren Anwälten. — Vor dem Großen Schnell-Schöffengericht in Berlin hat jetzt der erste Prozeß auf Grund der im Vorjahr erlassenen Devisen-Verordnung begonnen. Angeklagt sind drei Berliner Bankiers, die beschuldigt werden, große Mengen Devisen ins Ausland geschafft zu haben.

Die Geschichte unserer Reparationsleiden.



Ueber die Frage der Reparationsregelung ist es zwischen England und Frankreich zu keiner Einigung gekommen. Die gegenläufigen Meinungen stehen sich schroffer als je gegenüber, so daß der Plan einer persönlichen Begegnung zwischen Lloyd und MacDonald fallen gelassen worden ist.

Eine Krankheitsgeschichte in Bildern.



Humoristische Aufführungen!
Zirkus Karlo Trepeis!
Vorverkauf:
Gesellschaftshaus, Hofmehls Restaurant,
Seemannshaus und Turnhalle

Große Turner-Maskerade
des Turnvereins »Einigkeit«
am Sonnabend, dem 6. Febr., im
Wahner Gesellschaftshaus.
Kasseneröffnung 7.15, Anf. 8 Uhr

2 Kapellen die ganze Nacht
Für Zuschauer **Tanz frei!!**
nach 12 Uhr
Karten für Mitglieder nur Mittwoch und
Freitag in der Turnhalle Flensburger Str.



SPD. der Jadedestädte

Am Donnerstag, dem 4. Februar 1932,
findet im »Werftspeisehaus« die

Jahres-Haupt-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Berichte
 2. Neuwahlen
 3. Parteiangelegenheiten
 4. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder
erwartet

Der Vorstand.

Aufruf! Aus Anlaß des 200. Geburtstages Joseph
Haydns soll in den Jadedestädten im April d. J. als
Festkonzert sein **Oratorium »Die Jahreszeiten«**
aufgeführt werden. — Um das Konzert, das unter der Leitung des
Musikdirektors Trümper stehen wird, zu einem festlichen Ereignis
zu gestalten, bitten wir alle **sangeskundigen Damen und Herren**,
besonders die Mitglieder der hiesigen Chöre, sich zur Mit-
wirkung zur Verfügung zu stellen und sich **Mittwochs abends um**
8 1/2 Uhr im oberen Beamtenszimmer des Werftspeisehauses einzu-
finden. Eine finanzielle Belastung kommt nicht in Frage.
Das Konzert- und Vortragswesen der Jadedestädte.
Balfanz, Bürgermeister. Jacob, Verwaltungsdirektor.
Dr. Lauterbach, Oberstudiendirektor.

Reklame vergrößert den Umsatz!

Geschäfts-Eröffnung

Mit dem heutigen Tage eröffnen wir das seit 36
Jahren bestehende

Schuh-Geschäft

neu. — Dem bisherigen Prinzip, nur das Beste
vom Besten zu führen, bleiben wir treu. — Unsere
Reparatur-Werkstatt bringen wir in
Erinnerung.

Erstklassige Schuhwaren

Trost & Wehlau
Rüstringen, Wilhelmshavener Straße 70.



Bekanntmachung.

Das Ministerium macht darauf aufmerksam,
daß die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten
über Aufschläge für Steuerrückstände vom
22. Januar 1932 (R.G.-Bl. I, S. 31) kraft Reichs-
gesetzes auch auf die Steuern der Länder, Gemein-
den und Gemeindeverbände Anwendung findet.
Nach dieser Verordnung sind für rückständige
Steuerzahlungen (Grundsteuer, Gewerbesteuer,
Hauszinssteuer) statt der bisherigen Verzugszinsen
nunmehr Verzugszuschläge in Höhe von 1/10 vom
Hundert für jeden angefangenen halben Monat
zu zahlen.

Das Ministerium empfiehlt dringend, alle
Zahlungen, die bereits fällig waren, sofort
nachzuholen und die in Zukunft fälligen Zah-
lungen bis zum Fälligkeitstage bei den zustän-
digen Stellen einzuzahlen.

Odenburg, den 1. Februar 1932.

Ministerium der Finanzen.
Dr. Winters.

Wilhelmshaven.

Zimmer für Badegäste

wolle man der Badeverwaltung baldigst anmel-
den, da die Wohnungslücke in Druck gegeben werden
soll. Der Schlußtermin für die Anmeldung von
Zimmern wird auf den 20. Februar d. J. festgelegt.
Das Büro der Badeverwaltung, Zimmer 4 des
Nathaus, ist für die Zimmeranmeldung geöffnet
vormittags von 9 bis 1 Uhr.

Für die Aufnahme in die gedruckte Wohnungs-
liste ist zur Bedienung der Unkosten eine Gebühr von
1.00 RM. je Seite zu entrichten.
Wilhelmshaven den 2. Februar 1932
Der Magistrat. — Badeverwaltung.

Mittag- und Abendessen

von 50 Pf. an. Wochenkarte 3.00 RM.
Ausdeutsche Speisekuche
Bismarckstraße 111.

Schützenverein



Rüstringen.

Unsere Versammlung
findet als außerordentl.
Mitgl.-Versammlung a.
Mittwoch, d. 10. Febr.,
im Rathaus-Restaurant
statt. Tagesordnung:
Änderung der Satzung
und anderes. Anfang
8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Gen.-Schlagfarm-Gen.-
sombd. in Liquidation.
Durch Beschl. d. General-
vers. v. 10. 11. 1931 Gen.-
aufgelöst. Die Gläub. d.
Gen. w. aufgefordert, sich
binnen 2 Mon. zu melden.
Die Liquidatoren.
Gmefel, Senfke.

Stellengefuche

Junge Frau sucht Stgl.
v. 1. 2. 1932 a. d. Exp. d. Bl.

Zu verkaufen

1 Gänserich
zu verk. a. d. Gänsebr.
Giedderwader. Groben.
Gied. Kinderwagen
billig zu verkaufen
Vater. Bergstr. 2.

Glucke

zu verkaufen
Rathen, Hl. Andrit. 30.
Kleiner Hüpfentfall
(Aderbude) zu verkaufen.
Schleuseninsel 9.

Serren-Fahrrad (fab.)
mit und ohne Freilauf
zu verkauf. Preis 8 RM.
Schillerstr. 13, Hinterh.

Zurletztüber

1/2 Jahralt. zu verkaufen.
Grenzstr. 33, 3. Etg. 1.

Zu kauf. gesucht

Gut erz. Rindchen
zu kaufen gesucht. Off. u.
V. 1401 a. d. Exp. d. Bl.

Damenrad

(f. gut erz.) zu kauf. gef.
Adm.-Klaff.-Str. 31, p. r.

Bis 6.30 Uhr 60 + 80 + 1

Und nun
platzt die **Bombe!**
Wir bringen den Film der
Komiker

GESANGVEREIN
SORGENFREI

Ein Film von reizenden Mädeln,
fritten Jungens und alten
Bummelbrüdern

Wer lachen will muß kommen
Dazu
das große Bei-Programm
Première
morgen Mittwoch!

Adler

Willst du den Ton gut versteh'n
Mußt du ins Adler-Kino geh'n

Wenn Sie Käufe oder Verkäufe,
Stellenangebote oder Stellen-
gesuche, Familienanzeigen usw.
bei der meistgelesenen und weit-
verbreitetsten Tageszeitung auf-
gehen, ist der Erfolg und Zweck
einer Anzeige voll gewährleistet

Nur dann!

Volksblatt

Deutlich. Metallarbeiter-Verband
Rüstringen-Wilhelmshaven.
Freitag, den 3. Februar 1932, abends 7 Uhr,
im Saale des Gewerkschaftshauses

Bertrere-Versammlung

Tagesordnung:
1. Rollen- und Geschäftsbericht
2. Wahl der Erbsenverwaltung
3. Bericht von der Bezirksfesterung
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch und Bertrerekarte legitimiert.
In der Woche vom 8 bis 13. Februar Kon-
trolle der Bertrerebücher. Die Kollegen werden
erlaubt, bei Mitgliedsbuch dem Bertrerebuchmann
unaufgefordert vorzulegen.
Die Erbsenverwaltung.

Reichsbund

der Kriegsgeschädigten, Kriegserhinter-
bliebenen usw.
Mittwoch, den 3. d. M., abends 7.30 Uhr:

Jahres-

Hauptversammlung
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist
das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Varel i. O.
Nach kurzer Krankheit verschied
am Sonntagmorgen unser treuer
Kollege
Hermann Wachtendorf
im Alter von 54 Jahren.
Sein Andenken bleibt bei uns in
Ehren.
Beerdigung: Donnerstag, 4. Febr.,
vom Krankenhaus aus.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Heirat
30. 11. 1931. a. d. b.
Hof verloren. Abzug
bei Gericht. Einigungs-
frage 25.

Verloren
Portemonnaie in ar.
Geldbetr. u. 1 Cuntung
verl. Geg. Bel. obzug
Adolfstr. 8, part. 1.

Verloren
30. 11. 1931. a. d. b.
Hof verloren. Abzug
bei Gericht. Einigungs-
frage 25.

Verloren
30. 11. 1931. a. d. b.
Hof verloren. Abzug
bei Gericht. Einigungs-
frage 25.

Verloren
30. 11. 1931. a. d. b.
Hof verloren. Abzug
bei Gericht. Einigungs-
frage 25.

Verloren
30. 11. 1931. a. d. b.
Hof verloren. Abzug
bei Gericht. Einigungs-
frage 25.

Verloren
30. 11. 1931. a. d. b.
Hof verloren. Abzug
bei Gericht. Einigungs-
frage 25.

Gesamtverband

Rüstringen-Wilhelmshaven.
Die am Mittwoch, dem 3. d. M., vorgesehene
Mitgliedsversammlung fällt umhändelbarer
aus.

Für die uns anlässlich unserer Ver-
sammlung erwiesenen Aufmerksamkeit
danken wir herzlich.
Gäbbo Gäbbo und Frau
Jenna, geb. Busch.

Am Sonntagnachmittag entschlief
in Bremen nach langem, mit großer
Geduld ertragenem Leiden unsere
innigstgeliebte Mutter, Großmutter,
Urgroßmutter. Schwester, Schwa-
gerin und Tante
Anke Kummer
geb. Carstens
in ihrem 81. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Carl Kummer
Frau Berta Wilborn
geb. Kummer
Frau Prof. Ida Totomianz
geb. Kummer.

Die Trauerfeier findet Donnerstag,
4. Febr. 1932, 12.30 Uhr, im Krem-
atorium in Bremen statt.

Todesanzeige.
Am Freitag, dem 29. Januar, abends
9 Uhr, starb infolge eines Unfalls
mein lieber Mann, meines Kindes treu-
sorgender Vater, unser guter Sohn,
Schwiegersohn, Bruder, Schwager
und Onkel, der Elektromonteur
Gustav Christophers
im 41. Lebensjahre.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Elisabeth Christophers
geb. Ohnesorge.
Rüstringen, den 2. Februar 1932.

Die Beerdigung findet am Mittwoch,
dem 3. Februar, nachm. 3 Uhr, von
der Kapelle des Hespenser Friedhofes
aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Rüstringen-Wilhelmshaven
Unsere Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser treuer Kollege, der
Elektro-Monteur
Gustav Christophers
am 29. Januar durch einen Unfallsfall
im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem
3. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle
des Hespenser Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Allen denen, die unserer lieben Ent-
schlafenen das letzte Geleit gaben und uns
ihre Teilnahme bekundeten, für die reichen
Kranzspenden, sowie Herrn Pastor Heger
für seine tröstenden Worte recht herz-
lichen Dank.
Hilrich Meyer und Angehörige.

NEUES SCHAUSPIELHAUS
8.15 Heute: Bühnenvolksbund. 8.15
8.15 Morgen volkstüm. Vorstellung. 8.15
Karten von 0.50 bis 2.00 RM.

Hamlet
Nur 2 Operngastspiele!
8.00 Donnerstag, Freitag, Sonnabend 8.00
Cavalleria rusticana
Der Bajazzo
Abonnenten erhalten 15 Proz. Ermäßigung
— Die Saalräume werden geschlossen —

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate

Einmaliges Tanz-Gastspiel!
8.00 Sonntag, 7. Februar 8.00
Indische Hindus
Näheres siehe Sonderplakate